Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

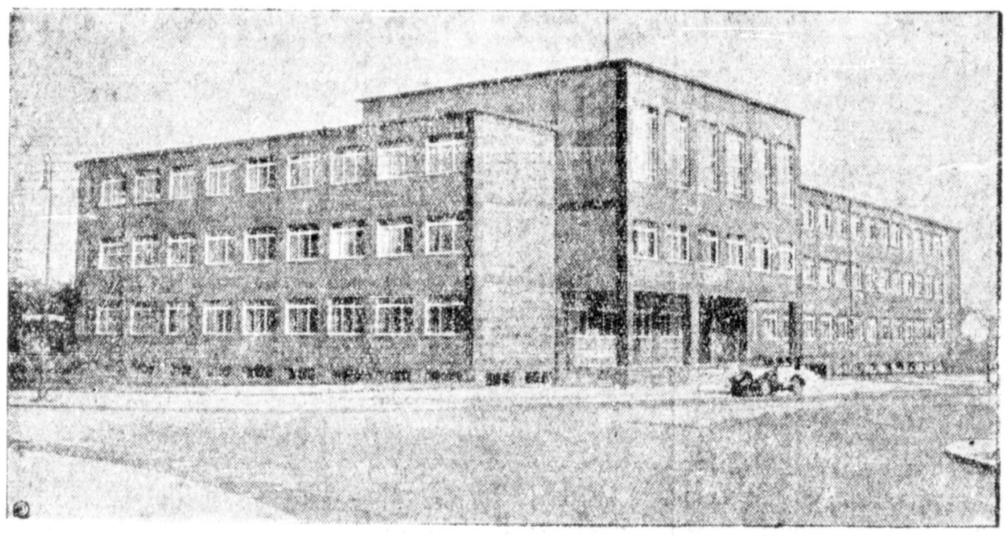
MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 246 | Gelsenkirchen, Dienstag, den 21. Oktober 1930 | 12. Jahrgang

Das neue Reichsknappschaftshaus



Am Breitenbach-Platz zu Berlin hat die Reichsknappschaft diesen prachtvollen Neubau aufführen lassen, der ihr als zukünftiger Sitz dienen wird. Das Stahlgerüst des Baues ist durch braune Keramikplatten verkleidet. Als Architekt zeichnet Bruno Taut.

Leipzig steht zur Politik der Reichstagsfraktion

Leipzig, 20. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Unterbezirk Groß-Leipzig der Sozialdemokratischen Partei faßte nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Reichstagsabgeordneten Dittmann folgende Entschließung zur politischen Lage:

„Die Verhandlungen des Reichstages haben der werktätigen Bevölkerung die große Gefahr des Faschismus aufgezeigt, der im Zusammenspiel mit den Kommunisten zu einer Katastrophe für Deutschland führen kann. Daraus erwächst für die Sozialdemokratie die zwingende Pflicht, für die Erhaltung der Demokratie mit aller Energie einzutreten. Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen und der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und billigt ihre Kämpfe um die Erhaltung der Demokratie zwecks Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Dieser Kampf bedingt die völlige Einheit und Geschlossenheit der Partei. Er bedingt ferner höchste Kampfbereitschaft im Bunde mit allen sozialistischen Arbeiterorganisationen. Die Generalversammlung des Unterbezirks Leipzig ist bereit, alle Kräfte für die Abwehr des Faschismus einzusetzen."

Schwache Position der Regierungsparteien in den Ausschüssen

Berlin, 20. Oktober. (Drahtmeldung.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hat 28 Mitglieder. Davon entfallen auf die Sozialdemokraten sieben, auf die Nationalsozialisten sechs, auf die Kommunisten vier, auf das Zentrum drei, auf die Deutschnationalen zwei, auf die Deutsche Volkspartei einer, auf das Deutsche Landvolk zwei, auf die Wirtschaftspartei einer, auf den Christlich-sozialen Volksdienst einer, auf die badische Volkspartei einer. Bemerkenswert ist, daß infolge Verschlüsselung das Landvolk im auswärtigen Ausschuß einen Abgeordneten mehr als die Deutsche Volkspartei hat, obwohl die Landvolkpartei mit Einschluß der Deutschen Bauern noch um zwei Mitglieder kleiner ist als die Deutsche Volkspartei. Von den 28 Ausschußmitgliedern verfügen die Regierungsparteien nur über 6, rechnet man hierzu die 7 Sozialdemokraten, dann sind 13 Abgeordnete im Ausschuß, die die Außenpolitik der Regierung unterstützen, diesen stehen 15 Abgeordnete der Opposition, die also über die Mehrheit verfügen, gegenüber. Selbst, wenn man den Vertreter des Christlich-sozialen Volksdienstes, was nicht unbedingt der Fall ist, zu den Regierungsparteien rechnet, ist das Stimmenverhältnis 14:14, also Stimmengleichheit. Mit Stimmengleichheit gefaßte Beschlüsse gelten bekanntlich als abgelehnt.

Den Vorsitz des Ausschusses führt Abg. Frick (Nationalsoz.).

Der Haushaltsausschuß des Reichstages, der die Notverordnungen zu beraten hat, ist bisher zu einer Sitzung nicht einberufen, auch hier ist aber die Zusammensetzung des Ausschusses interessant. Vorsitzender ist Abg. Heimann (S.). Dem Ausschuß gehören an: 9 Sozialdemokraten, 7 Nationalsozialisten, 5 Kommunisten, 4 Zentrumsabgeordnete, 3 Deutschnationale, 2 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, 2 Vertreter des Deutschen Landvolks, 1 Vertreter der Wirtschaftspartei, 1 Vertreter des Christlich-sozialen Volksdienstes und 1 Vertreter der Bayerischen Volkspartei. Von den 35 Mitgliedern des Ausschusses verfügen die Regierungsparteien über 8. Unter Hinzurechnung der Sozialdemokraten und des Volksdienstes sind für die Regierung 18 Stimmen, also gerade die Mehrheit, vorhanden.

Die Staatspartei ist in keinem der Ausschüsse vertreten, da sie nicht Fraktionsstärke hat. Im Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, dem sogenannten Ueberwachungsausschuß, haben nach der Schlüsselung die Nationalsozialisten den Vorsitz, für den Abgeordneter Strasser vorgeschlagen ist. Nach der Ankündigung des Abgeordneten Strasser in der Sonnabendsitzung des Reichstages ist auch mit dem Zusammentritt dieses Ausschusses in nächster Zeit zu rechnen.

Die Kürzung der Landtagsdiäten

vom Hauptausschuß beschlossen

Berlin, 20. Oktober. (Drahtmeldung.) Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Montag abend mit den Anträgen auf Kürzung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Landtages. Es fand ein Antrag Annahme, den Präsidenten des Landtages zu ersuchen, die Kasse des Landtages anzuweisen, die Aufwandsentschädigung für Landtagsmitglieder vom 1. November 1930 ab um 20 v. H. und die Entschädigung für Ausschußsitzungen an plenarsitzungsfreien Tagen unter Herabsetzung um 50 v. H. bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung zu kürzen.

Fünf Tage Reichstag

Von Paul Löbe

Als am Morgen des 15. September die Resultate der Wahl in ihren wichtigsten Umrissen bekannt waren, überwog bei den politisch Urteilenden im Lande der Eindruck: Dieser Reichstag wird überhaupt nicht zu ordnungsmäßiger Arbeit kommen, sondern für die Dauer verhandlungsunfähig sein. Zwei starke Fraktionen, die das Parlament selbst bekämpfen und verächtlich machen wollen in seinem eigenen Schoße, dazu weitere Parteigruppen, die dieses Spiel mit unverhohlener Freude betrachten — das Todesurteil schien gesprochen, ehe dieser Reichstag zu einer ersten Sitzung zusammentrat.

Es ist nicht ganz so schlimm geworden, aber gerade schlimm genug. Die Arbeit des Reichstages konnte nicht lahmgelegt werden, aber sie wurde unter äußeren Umständen und Schemen verrichtet, die nichts weniger als „würde" zeigten, um einen Ausdruck des Reichspräsidenten beim Empfang des Präsidiums zu gebrauchen. Manchmal schien es wirklich so weit zu sein, daß die Verhandlungen unter der Flut der unparlamentarischen Kundgebungen unterbrochen werden mußten.

Schon die Umstellung des Parlamentsgebäudes mit starken Polizeikräften war eine ebenso ungewöhnliche wie unerwünschte, aber leider notwendige Vorsichtsmaßnahme. Aus der Mitte des Reichstages ist sofort nach meiner Wahl die Frage an mich gestellt worden, ob das Erscheinen der Nationalsozialisten in Uniform überhaupt geduldet werden soll. Diese Frage wird in den kommenden Wochen gelöst werden müssen. Aber es ist kein Zweifel, daß eine Uniformierung im höchsten Grade unerwünscht ist. Sie teilt schon im voraus das Parlament in feindliche Armee-Lager, und das muß unerträglich werden, wenn das Beispiel von anderen Gruppen nachgeahmt wird.

Der Sinn der parlamentarischen Arbeit ist es doch schließlich, in erster Linie Kraft gegen Kraft, Ueberzeugung gegen Ueberzeugung zu setzen, sie vor dem Hause darzulegen und dann Entscheidungen zu fällen. Schon die äußerlich sichtbare Abgrenzung erschwert dies, sie läßt mindestens den Anschein zu, daß der eine Teil bald hier, bald drüben versichert, ich will Gründe gar nicht hören, ich bin fertig, ehe der Gegner beginnt. Die eigentliche parlamentarische Auseinandersetzung wird aber auch durch den Unfug, den die Zwischenrufe und Demonstrationen während der Debatte erreicht haben, aufs äußerste gefährdet. Das minutenlange Händeklatschen, das früher nicht üblich war, die Sprechchöre und sonstige organisierten Störungen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, sind mit dem Prinzip der freien Aussprache nicht vereinbar. Sie hindern den Redner, geordnete Gedankengänge vorzutragen.

Störungen dieser Art wurden im vergangenen Reichstag zuerst von den Kommunisten geübt, die ja auch das Uniformtragen hier und da vereinzelt eingeführt haben. Kommunistische Redner griffen in zügelloser Weise andere Parteien an, oft über die Grenzen des Parlamentarismus hinaus, setzten aber sofort mit Sturmszenen ein, wenn einer der Angegriffenen antworten wollte. Schon deshalb wurde oft auf die Antwort verzichtet. Was damals eine vereinzelte Erscheinung war, droht jetzt regelmäßig wiederzukehren und richtete sich bei der jetzigen Stärkeverteilung der Parteien gerade gegen diejenigen, die es früher allein ausübten. Der erste Sturm richtete sich gegen Herrn Dr. Frick, als er in der Sitzung das Wort ergriff. Der zweite aber kam dann gegen Herrn Torgler bei der Redeschlacht um den Vizepräsidenten. Was die Kommunisten früher selbst praktizierten, machte jetzt ihren eigenen Sprechern das Weiterreden unmöglich. Schließlich griff diese Methode der Vergeltung auch auf andere Parteien über. Am letzten Tage wurde sie gegen den sozialdemokratischen Redner, Abgeordneten Hoegner, geübt, worauf sich die Sozialdemokraten bei der Rede des Herrn Reventlow zu revanchieren versuchten.

Es ist überhaupt ein charakteristisches Zeichen dieses Reichstages, daß Unarten, wie sie früher von den Kommunisten geübt wurden, ihnen jetzt von einer stärkeren Fraktion heimgezahlt werden, zugleich aber auch ein Beweis dafür, daß diese Störungen nicht geduldet, daß sie unter allen Umständen unterdrückt werden müssen. Sprechchöre, Gesangsvorführungen, Schimpfkanonaden hindern das Parlament, seine Aufgaben zu erfüllen

und niemand kann sich über Vertagungen beklagen, wenn er sich vorher selbst bemüht hat, das Parlament arbeitsunfähig zu machen.

Es ist trotz aller dieser Störungen, trotz aller finsteren Prophezeiungen gelungen, die Lahmlegung des Reichstages zu verhindern. Er hat die ihm zunächst gestellten Fragen in ordentlichen Abstimmungen erledigt, wenn auch unter vielen Hindernissen und bei Anspannung aller Nervenkräfte, die überhaupt möglich war. Mehrfach haben die Führer der obstruierenden Parteien selbst versucht, ihre unbändige Gefolgschaft zur Ruhe zu bringen.

Herr Strasser sprach in der letzten Geschäftsordnungsdebatte die unbegründete Behauptung aus, der Reichstag werde nicht am 3. Dezember, er werde überhaupt nicht mehr zusammentreten. Zu solchen Behauptungen liegt keine Veranlassung vor. Solange der Reichstag sich nicht selbst umbringt, wird er zusammentreten, wird er seine Entschlüsse fassen, wird er seine Rechte wahrnehmen können. Dafür zu sorgen ist meine Aufgabe und meine Pflicht. Eine andere Entwicklung könnten die Dinge nur nehmen, wenn diejenigen die Volksvertretung arbeitsunfähig machen, die am lautesten von den Rechten des Volkes reden. Ich nehme an, daß die Mehrheit stark genug und gewillt ist, das zu verhindern, was sie in den ersten fünf Tagen dieses Reichstages verhindert hat.

Der Streik in Berlin

Der Reichsarbeitsminister greift ein

Berlin, 20. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Situation im Streik der Berliner Metallarbeiter hat sich nicht verändert. Auch zu Beginn der neuen Woche ist in keinem bestreikten Betrieb die Front der kämpfenden Arbeiter abgebröckelt. Die Betriebe liegen nach wie vor still da. Bei der Zentralstreikleitung häufen sich die Anträge von Betriebsleitungen, diese oder jene Arbeiten als Notstandsarbeiten freizugeben. Die Anträge werden von der Zentralstreikleitung sehr eingehend geprüft und zumeist abgelehnt, da es sich um Versuche handelt, den Streik zu sabotieren. Die überwältigende Mehrheit der Berliner Metallarbeiter steht nach wie vor hinter den Parolen der Streikleitung und lehnt die Sonder-Aktionen der Kommunisten ab. Zu neuen Verhandlungen ist es noch nicht gekommen. Ein Eingreifen des Reichsarbeitsministers wird für Mittwoch erwartet.

*

Ueber die Stellung des Reichsarbeitsministeriums zum Beschluß des Reichstags, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären, verlautet nach dem Conti-Nachrichten-Büro aus dem Reichsarbeitsministerium, daß man die Entschließung des Reichstags nicht ignorieren kann, besonders, da die ganze Frage nicht nur von der juristischen, sondern auch von der politischen und wirtschaftlichen Seite aus angesehen werden muß. Wenn der Reichsarbeitsminister ohne weiteres den formalen Weg der Nachverhandlungen gehen würde, so dürfte er sehr schnell vor der Frage stehen, ob er den Schiedsspruch für verbindlich erklären will oder nicht; denn es herrscht in unterrichteten Kreisen kein Zweifel darüber, daß die Nachverhandlungen ergebnislos verlaufen würden. Es sind deshalb Sondierungen eingeleitet worden, durch die der Reichsarbeitsminister sich zunächst einmal über den Standpunkt und die Wünsche der beiden Parteien informieren will, um festzustellen, wieweit doch die Möglichkeit besteht, eine Lösung herbeizuführen, die beiden Seiten wenigstens zum Teil gerecht wird. Zu diesen Sondierungen gehören auch Besprechungen, die Dr. Stegerwald bereits Sonntag mit Vertretern der Freien und der Christlichen Gewerkschaften hatte, wobei es selbstverständlich ist, daß diese Fühlungnahme auch auf die Arbeitgeber erstreckt wird. Sobald der Arbeitsminister auf diese Weise einen genauen Ueberblick gewonnen hat, wird er die Einladung zu den Nachverhandlungen herausgehen lassen. Es ist anzunehmen, daß sie in der zweiten Hälfte dieser Woche stattfinden werden. Dabei werden zunächst neue Vergleichsvorschläge unterbreitet. Die Aussichten einer Einigung werden jedoch recht skeptisch beurteilt, weil die Unternehmer von einer Verringerung der Lohnsenkungsspanne nichts wissen wollen.

Hitlers Hepp Hepp

Genau so gellte es gegen Bismarcks Reich

Häufig wird neuerdings die Meinung verfochten, daß die knotige Judenfeindschaft des Nationalsozialismus nur zufälliges Anhängsel sei, das leicht abgestreift werden könne. In Wahrheit aber gehört der Antisemitismus so zur Substanz der Bewegung, daß ohne ihn das Hakenkreuz zerbrechen müßte. Denn einmal enthebt die billigste aller Formeln: Der Jud' ist schuld! die verkleisterten Gehirne der Nazigläubigen wie die vernagelten Köpfe ihrer Anhänger der Pflicht über die verwickelten wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gegenwart auch nur einen Augenblick nachzudenken — einfach, der Jud' ist schuld! Hepp hepp! Zum andern bedarf der Hitlerismus des sturen Judenhasses, um die starken Minderwertigkeitsgefühle seiner kleinbürgerlichen Nachläufer zu betäuben. Da sind diese wirklich kleinen Leute, vom Schicksal geknufft, ohne Geld, ohne gesellschaftliche Stellung, ohne Geltung in der Welt, ohne Grütze im Kopf, ohne alles, von ihrer eigenen Pintscherhaftigkeit dunkel überzeugt, aber wenn ihnen der Brei vom Dritten Reich um den Mund geschmiert wird, recken sie sich und fühlen sie sich; sie sind doch wenigstens eins: „Arier" und als solche „rassisch" den jüdischen „Untermenschen" unendlich überlegen. Heil!

Aber von heute und gestern ist der ganze faule Zauber nicht. Deutschland vermag zur NSDAP. mit ihrem Lieblingsdichter Heinrich Heine zu sagen:

Das alles, meine Süße,
Ist mir schon einmal geschehn.

Denn antisemitische Schmutzwellen gingen vordem bereits über unser Land hin, und die geistigen Ahnen der Hitler und Goebbels sind, wenn überhaupt hier von Geist geredet werden darf, der Dreschgraf Pückler und der „Rektor aller Deutschen" Ahlwardt. In der nationalsozialistischen Bewegung summieren sich, schrieb dieser Tage erst ein Hakenkreuzblättchen, „alle ehrlich antisemitischen Anschauungen einer früheren Zeit."

Auch damals bot eine Wirtschaftskrise, die viele kleinbürgerliche Existenzen proletarisierte, die Periode der Gründerkrachs in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, den Nährboden für den antisemitischen Wahn, aber Wunder über Wunder! obwohl damals statt der schwarzrotgoldenen Republik das schwarzweißrote Kaiserreich stand, von Bismarck errichtet, von Bismarck geleitet, flogen gegen jenen Staat die oft wörtlich gleichen blöden Schimpfworte wie gegen das Deutschland der Weimarer Verfassung, und der „eiserne Kanzler" kam nicht viel glimpflicher davon als die „Novemberverbrecher" von heute. Daß einzig die Juden den Vorteil vom Kriege eingeheimst hätten, daß Deutschland immer mehr der Judenherrschaft verfalle, daß die „rote Internationale" lediglich die Geschäfte der „goldnen Internationale" besorge — nicht nur das versetzten schon damals die antisemitischen Flugblätter ihren gläubigen Lesern.

Denn die Otto Glagau, Wilhelm Marr und Rudolf Meyer gingen — das Dritte Reich sollte ihnen Standbilder errichten — forsch aufs Ganze. Nach Marr waren die Juden im bismärckischen Deutschland „die besten und wahrsten Reichsfreunde, denn dieses Reich ist ganz dazu angetan, sie zu den höchsten und allerhöchsten Würden im Staat zu bringen", und nach Meyer war die kaiserliche Regierung von 1877 „der Börse unbedingt ergeben". Schon vorher, im Sommer 1875, hatte ja die Berliner „Kreuzzeitung" in der Artikelserie „Die Aera Bleichröder-Delbrück-Camphausen" den ersten Kanzler des Reichs als unbedingten Judenfreund verdächtigt. Tückisch wurde angedeutet, daß Bismarck schon die Abhängigkeit von jüdischen Geldleuten geraten sei, als er „mit spärlichem preußischem Gesandtengehalt und ohne erhebliches Einkommen in Petersburg, Paris und Frankfurt guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte". Als Folgeerscheinung sei der jüdische Bankier Bleichröder in finanziell-nationalökonomischer Hinsicht „der Hausgeist des neudeutschen Reiches", unsere „Mitbürgersemitischer Rasse" beherrschten die Gesetzgebung, die ganze Wirtschaftspolitik sei „Judenpolitik" und laufe auf „Judenprivilegien" hinaus!

Aber es kam noch besser! Als handle es sich um eine „völkische" Sudelei gegen die schwarzrotgoldene Republik, beschimpfte Rudolf Meyers Schrift „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland", das bismärckische Reich als „ein System der Aussaugung und Ausraubung des Volkes durch Blutsauger, welche sich der Gunst der obersten Regierungsbehörden, des Fürsten Bismarck und einige seiner Minister in hohem Grade erfreuen". Nur logisch, daß dieselbe Folgerung: Fort mit dem ganzen System! gezogen wurde, mit der heute die Hitlers die Unpolitischen und die Jugendlichen dumm machen:

Solange der Fürst Bismarck das allein mächtige Idol bleibt, wird die deutsche Nation dem Reich, das Reich dem Kanzler geopfert werden, und der Kanzler gehört den Juden und Gründern. Daher gibt es für unsere Politik nur eine gebundene Marschroute: Beseitigung des jetzigen Systems und seines Trägers! Da Joachim Gehlsens „Das kleine Buch vom großen Bismarck" 1877 im Ausland, in Bern, erschien, brauchte es noch weniger ein Blatt vor den Mund zu nehmen; dieselben Dreckpatzen, die der „Völkische Beobachter" tagtäglich gegen die „Judenrepublik" schleudert, flogen dort dem Gründer des deutschen Kaiserreichs um den Kopf:

> Dem Fürsten Bismarck gebührt das Verdienst, die Juden und ihre Genossen zur herrschenden Klique in Deutschland erhoben zu haben ... Die Protektion der Juden im deutschen Reiche ist eines der schwärzesten Merkmale des glorreichen Reiches Bismarcks und seine Folge die Verarmung des arbeitenden Volks die Demoralisierung aller Kreise der Gesellschaft ... Der Fürst Bismarck ist dem Einfluß des Judentums unterlegen. Juden und Judengenossen bilden seine Gesellschaft, sie sind sein täglicher Umgang und seine politischen Berater.

Sehr bald warf denn ein Vorläufer unserer Judenriecher, Carl Paasche, in einer Broschüre die Frage auf:

> Sollte es möglich sein, daß Bismarck ein geheimer Jude ist, daß der in ihm wuchernde Keim des Talmud die kernige deutsche Natur überwuchert hat?

Die bündige Antwort gab eine Schrift Balders „Die Wahrheit über Bismarck" dahin, daß in der Tat „Bismarck ein Abkömmling von Juden und Krämern" sei. Na also!

Aber jetzt schnappt auch der Verständige nach Luft, denn wie wird uns? Die Hitler und Goebbels in ihrer geistverlassenen Hetze beteuern, daß erst die Republik die Juden zur Herrschaft gebracht habe, und daß das Kaiserreich ein „anständiger Staat" gewesen sei, und wenn der Name Bismarck genannt wird, recken sie den Arm und rufen: Heil! Und für Hitler und Goebbels von anno dazumal war das Kaiserreich ein Judenstaat, und unter dem Hause Hohenzollern herrschte der Jude, und wenn der Name Bismarck genannt wurde, spuckten sie aus und schrien: Judenknecht! Judenstämmling!

Wer soll sich da noch auskennen? Hermann Wendel.

Franzen soll abtreten

Braunschweig, 20. Oktober. (Drahtmeldung.) Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat, wie der „Volksfreund" berichtet, auf Grund des Artikels 20 der Landesverfassung die sofortige Einberufung des Aeltestenrats verlangt und eine Kleine Anfrage zu der Angelegenheit Dr. Franzen eingebracht. Die Anfrage gipfelt in folgenden Punkten:

Ist Minister Dr. Franzen bereit, sein Amt niederzulegen oder sich wenigstens bis zur Entscheidung über das Strafverfahren aller Dienstgeschäfte zu enthalten; welche Folgerungen gedenkt das Staatsministerium aus dem Verhalten des Ministers Dr. Franzen zu ziehen?

Die „schwarze Fahne"

Landvolkprozeß in Ostpreußen

Königsberg, 20. Oktober. (Drahtmeldung.) Am Montag vormittag begann vor dem erweiterten Schöffengericht in Königsberg die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Friedrich Döpner-Samelucker und Genossen. Im ganzen wird gegen acht Angeklagte wegen Landfriedensbruchs bzw. Aufruhr verhandelt. Die Verhandlung, zu der bisher 75 Zeugen geladen sind, wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Dem Verfahren liegen die Vorgänge im Frühjahr 1930 zu Grunde, als die Bauernbewegung „Schwarze Fahne" Zwangsversteigerungen gewaltsam verhindern wollte. Uebergriffe kamen damals vor bei Terminen in Ragnit, Insterburg und Pillkallen. Während sich bei den ersten Ausschreitungen nur Beschimpfungen der Exekutivbeamten und des Gerichts ereigneten, kam es in Pillkallen und später auch in Labiau zu tätlichen Angriffen gegen Polizei und Gericht. Die Haupttäter wurden darauf verhaftet. Nach durchgeführter Voruntersuchung wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt.

In der heutigen Verhandlung wurde ein Vertagungsantrag des Rechtsanwalts Klutke, der mit dem einstweiligen Fehlen des Hauptverteidigers, Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune, begründet war, abgelehnt. Rechtsanwalt Klutke gab nunmehr die Erklärung ab, daß er auf Wunsch der Angeklagten die Verteidigung niederlege. Dann trat das Gericht in die Vernehmung der Angeklagten, Gutsbesitzer von Platen und Rittergutsbesitzer von Weiß, ein.

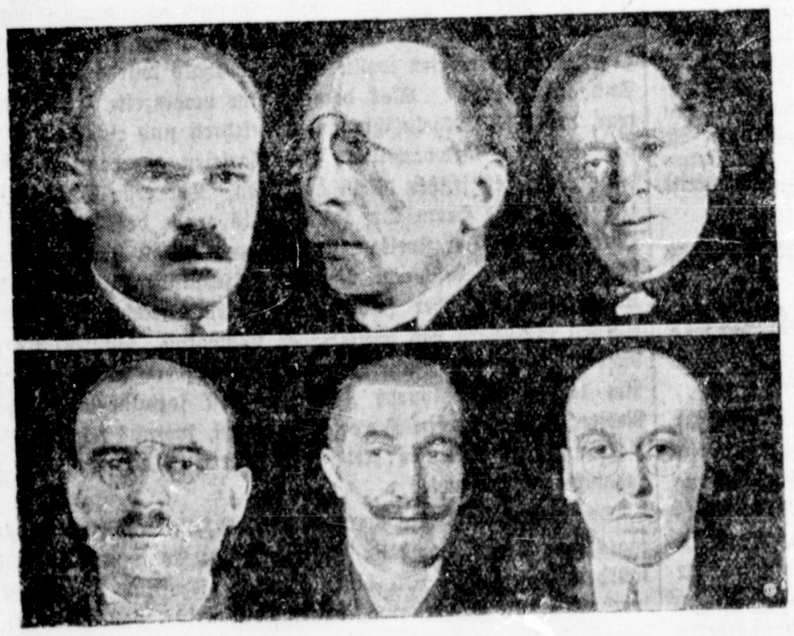
Politische Schlägerei

in Frankfurt am Main

Frankfurt a. Main, 20. Okt. (Drahtmeldung.) In einem von Nationalsozialisten besuchten Lokal in der Riddastraße kam es heute nacht zu einer schweren Schlägerei zwischen Mitgliedern des kommunistischen antifaschistischen Kampfbundes und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der dem antifaschistischen Kampfbund angehörende Arbeiter Breitenbach mit einem Bierglas einen Schlag gegen den Hinterkopf erhielt, an dessen Folgen er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Das Ueberfallkommando nahm mehrere Verhaftungen vor.

Blutiger Wahlkampf in Polen

Die eingekerkerten Führer der polnischen Opposition



Kaum hat der polnische Wahlkampf begonnen, als, wie bekannt, Marschall Pilsudski die ihm unbequemen Führer der Opposition verhaften und ins Gefängnis werfen ließ, in der Hoffnung, die Opposition mundtot zu machen. Dadurch gewann der Wahlkampf gleich von vornherein eine ungewöhnliche Schärfe, die jetzt die erste blutige Gewalttat gezeitigt hat. In Czenstochau drang ein Angehöriger der Opposition in das Krankenkassengebäude und streckte drei Beamte der Krankenkasse, die als Kandidaten des Regierungsblocks aufgestellt waren, durch Revolverschüsse nieder. Zwei weitere Beamte wurden schwer verletzt. Schließlich jagte sich der Täter selbst eine Kugel durch den Kopf. Nicht genug damit, ist die öffentliche Meinung auch noch durch eine andere Meldung in höchste Erregung versetzt worden, wonach die im Brest-Litowsker Gefängnis untergebrachten Oppositionsführer überraschenderweise erklärt haben sollen, daß sie nicht mehr kandidieren wollen. Die Opposition äußert sich dazu sehr mißtrauisch, da es sich fast durchweg um alte Parlamentarier handelt, die bereits dem österreichischen Reichsrat angehört haben, und sich niemand denken kann, was diese Männer zu solcher Resignation veranlaßt haben könnte. — Unser Bild zeigt die bekanntesten, jetzt im Gefängnis schmachtenden Oppositionsführer. Oben von links nach rechts: Josef Putek, Kiernik, Hermann Liebermann. Untere Reihe von links nach rechts: Alexander Dembski, der frühere Ministerpräsident Vincent Witos und Adam Prager.

Nr. 246 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 21. Oktober 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Die Affäre Tonk auf Dahlbusch

Aus freien Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Die Nummer 286 vom Samstag, dem 18. Oktober, der „Gelsenkirchener Zeitung" beschäftigt sich in einem Artikel: **„Betrügereien eines radikalen Betriebsrates"** mit der fristlosen Entlassung von A. Tonk wegen der ihm zur Last gelegten Betrügereien. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Artikel aus christlichen Gewerkschaftskreisen stammt, und vermuten sogar sehr stark, daß der christliche Betriebsratsvorsitzende H. Schmitt dahintersteckt. Aber wie dem auch sei, es steht jedenfalls fest, daß der Artikel manche Entstellung und Unrichtigkeit enthält, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. **„Tonk hatte alle Belegschaften der Zeche Dahlbusch fest in seiner Hand,"** heißt es in einem Satz; das trifft doch gar nicht zu, Tonk hat in den Jahren bis zur Zusammenlegung der Belegschaften von Schacht 8 und Schacht 6 überhaupt nur auf der Schachtanlage 6 zu tun gehabt. **„Im Jahre 1923 sollte Tonk der technische Direktor der Anlagen werden. Tatsächlich hatte die „Gewerkschaft" auch ernstlich mit diesem Gedanken gespielt."**

Welche Gewerkschaft, Herr Artikelschreiber? Bitte, etwas deutlicher, Herr Artikelschreiber! Wenn es die Gewerkschaft Dahlbusch gewesen sein sollte, so wird die Belegschaft gewiß heute noch darüber lachen.

Was hat denn nun Tonks Funktion im Aufsichtsrat mit den Verfehlungen zu tun? Garnichts! Warum nun diese hämische Bemerkung in dem Artikel? Konnten denn die übrigen Betriebsratsmitglieder, die Tonk in den Aufsichtsrat gewählt haben, schon vorher wissen, daß ihm im Jahre 1930 irgendwelche Verfehlungen zur Last gelegt würden? (Tonk soll Sterbegelder in Höhe von einigen hundert Reichsmark zu Unrecht zur Auszahlung angewiesen haben. — D. Red.) Ueber die Verfehlungen Tonks weitere Einzelheiten zu verlieren, erübrigt sich. Die Belegschaft ist ja über die Dinge eingehend informiert worden. Wir haben keine Veranlassung, irgend etwas zu beschönigen, aber bis jetzt ist eine gerichtliche Klärung der Affäre noch nicht erfolgt, und es ist nicht wahr, wenn es in dem Artikel heißt: „Die Versammlung beauftragte Betriebsrat Schmitt, **gegen Tonk Strafanzeige zu erstatten.**" Das sieht so aus, als ob die Versammlung dies aus sich heraus getan hätte. Es ist nicht so! Von allen Diskussionsrednern war der Antrag Alves, einen Untersuchungsausschuß aus der Belegschaft zu wählen, unterstützt worden. Einige waren für, einige gegen die Bestellung eines Schriftsachverständigen. Erst in letzter Minute stellte der christliche Betriebsratsvorsitzende Schmitt den Antrag, **Anzeige beim Staatsanwalt zu erstatten,** und dem stimmte dann die Belegschaft zu.

Aber wie nun der Vorwurf des Kameraden Alve gegenüber dem jetzigen Vorsitzenden des Betriebsrats, H. Schmitt, diesem in die Knochen gefahren ist, beweist folgende Stelle in dem Artikel der „Gelsenkirchener Zeitung":

> „Mit welchen Mitteln sich Tonk mit seinem Betriebsratsanhang die Betriebsratskollegen hörig zu machen wußte, ersieht man aus folgendem Vorfall: Als Schmitt Betriebsrat geworden war und nach einer Sitzung in einer Wirtschaft seinen Einstand geben mußte, erklärte man ihm, daß er die Freibierauslagen von seinem Zinsenanteil nehmen sollte, der ihm aus Zinseneinkünften der Invalidenbeiträge zufließen würde. Kaum hatte Schmitt Bedenken geäußert, so sagte man ihm, daß man dies schon seit Jahren so pflege."

Hiermit glaubt nun der Artikelschreiber, den christlichen Betriebsratsvorsitzenden Schmitt entlasten zu können und die Schuld für die sogenannte „Verzehrung" der Zinsen aus den Invalidenbeiträgen der Sterbekasse den anderen Mitgliedern in die Schuhe zu schieben. Das wird ihm aber nicht gelingen! In der Belegschaftsversammlung erklärte Schmitt, daß ihm erst, als er zu Hause angekommen, Bedenken aufgetaucht seien, und er dann den verzehrten Zinsenbetrag von 9,80 RM der Kasse wieder zugeführt hätte. Die Belegschaft war sichtlich betroffen und enttäuscht, als Schmitt dieses Geständnis brachte. Es trifft auch nicht zu, daß sich die übrigen Mitglieder des Betriebsrats, wenigstens, soweit sie den freien Gewerkschaften angehörten, als Hörige des A. Tonk betrachteten. Niemals haben sie sich dazu von A. Tonk mißbrauchen lassen. Wenn der Betriebsratsvorsitzende Schmitt als Kassierer der Sterbekasse sich zu solchen Verfehlungen angeblich hat verleiten lassen, weil man dieses schon seit Jahren so pflege, und er sich dann noch in der Belegschaftsversammlung hinstellt und erklärt, er werde in Zukunft nur noch Sterbegeldanweisungen ausschreiben, wenn er allein dazu berechtigt sei, so ist das doch ein starkes Stück, und wenn in der Belegschaft nunmehr auch das Vertrauen zu Schmitt stark gesunken ist, so ist das verständlich und berechtigt. Ein Mann, der Kassengeschäfte führen soll, muß vollstes Vertrauen besitzen.

Man kann auch dem Kameraden Schmitt nur vor den Kopf schauen., nicht in den Kopf. Man soll ihn nur nicht als den unfehlbaren Papst hinstellen. Die freien Gewerkschaften, insbesondere der alte Verband, haben keinen Anlaß, die Verfehlungen Tonks zu beschönigen. Wir verurteilen derartige Fälle auf das entschiedenste und werden, sobald eine gerichtliche Klärung vorliegt, mit der Affäre Tonk reinen Tisch machen.

Wichtige Vorlagen für das Stadtparlament

am 23. Oktober

Zur Lage des Haushalts 1930

Nach Ablauf der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1930 haben die vorgenommenen Schätzungen ergeben, daß bis zum Schluß des Rechnungsjahres mit folgenden Aenderungen gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplanes 1930 gerechnet werden muß:

Nummer des Haushaltsplanes	Bezeichnung	Ansatz des Haushaltsplanes RM	Veränderungen gegenüber den Ansätzen RM
	I. Mindereinnahmen.		
1	Aus Vorjahren, Resteinnahmen ...	400 000	50 000
1451	Grundvermögensteuer	4 480 000	70 000
1452	Gewerbesteuer vom Ertrage		
	a) laufende Verwaltung.....	4 527 000	173 000
	b) aus Vorjahren, Erstattung an ein hiesiges Großunternehmen		456 000
1453	Gewerbesteuer von der Lohnsumme .	5 440 000	512 000
1454	Indirekte Steuern, Hundesteuer ..	150 000	26 000
1455	Vergnügungssteuer	355 000	25 000
1456	Biersteuer	420 000	35 000
1458	Grunderwerbssteuer.....	400 000	100 000
1461 – 1463	Reichssteuerüberweisungen nach den Berechnungen über die Veränderungen der Etatsansätze gemäß dem Erlaß vom 1. Juli d. J. über den Finanzausgleich beträgt die Mindereinnahme 609 000 RM die Mehreinnahme an Beschulungsgeld....254 000 RM	8 985 000	355 000
1464	Hauszinssteuer für allgemeine Finanzzwecke	1 100 000	11 000
1467a	Aus der Neuregelung des Finanzausgleichs und aus weiteren Sparmaßnahmen — im Haushaltsplan 1930 vorgesehener Fehlbetrag —	451 000	451 000
1468b	Preiszuschlag auf das Wassergeld. Wegen der späten Beschlußfassung durch die Stadtverordneten mußte das erste Vierteljahr auf den Einspruch der Zahlungspflichtigen hin ausfallen	350 000	87 500
	Summe I Mindereinnahmen:		2 351 500
	II. Mehrausgaben.		
1022 u. f.	Wohlfahrtsamt	11 771 500	2 295 000
467 u. f.	Mehrzuschuß beim Stadthafen infolge Ausfälle bei den Betriebseinnahmen	107 100	26 000
	Summe II Mehrausgaben:		2 321 000
	III. Minderausgaben.		
	Infolge der angeordneten Sparmaßnahmen werden voraussichtlich folgende Ersparnisse bei den Ausgaben erzielt werden:		
Abschnitt II	Allgemeine Verwaltung	9 407 800	53 900
III	Polizeiverwaltung	1 565 300	13 000
IV	Bauamt	5 173 100	70 600
V	Unternehmungen und Betriebe ...	6 449 600	150 700
VI	Schulverwaltung	11 192 400	99 100
VII	Kunst und Wissenschaft	325 300	53 300
VIII	Wohlfahrtspflege:		
	a) Jugendamt	526 700	7 200
	b) Gesundheitsamt	1 018 900	66 200
	c) Stadtamt für Leibesübungen	198 300	33 700
	d) Hebung der Tierzucht	7 200	600
IX	Finanzverwaltung:		
	a) Grundeigentum und Berechtigungen.....	700 100	12 500
	b) Schuldenverwaltung, Zinsen und Tilgung	6 500 000	140 000
	Summe III Minderausgaben:		700 800
	IV. Mehreinnahmen.		
1263	Sparkassen-Ueberschüsse.....	100 000	130 000
1264	Zinsen von Banken für angelegte Gelder.....	165 000	200 000
	Summe IV. Mehreinnahmen:		330 000

Abschluß.

Summe I	Mindereinnahmen	2 351 500	
Summe II	Mehrausgaben.....	2 321 000	4 672 500
Summe III	Minderausgaben	700 800	
Summe IV	Mehreinnahmen	330 000	1 030 800
	Summe des Fehlbetrages:		3 641 700

J. V. Dr. Schumacher.

Abnahme der Jahresrechnung der Stadthauptkasse Gelsenkirchen-Buer für das Rechnungsjahr 1928

Die Jahresrechnung wurde durch das Rechnungsamt vorgeprüft. Die gezogenen Erinnerungen sind erledigt. Der Rechnungsausschuß hat dieselbe in seiner Sitzung am 1. Juli 1930 geprüft. Erinnerungen haben sich hierbei nicht ergeben. Die bei der laufenden Belegprüfung gezogenen Erinnerungen sind erledigt. Der Stadtverordnetenversammlung wird die Abnahme der Rechnung und Erteilung der Entlastung an den Rechnungsleger vorgeschlagen.

Es wird beantragt, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

„Die Jahresrechnung der Stadthauptkasse Gelsenkirchen-Buer für das Rechnungsjahr 1928 wird festgestellt:

a) für die ordentliche Verwaltung
in Einnahme auf 66 272 997,41 RM,
in Ausgabe auf 72 106 591,68 RM,
mithin Vorschuß 5 833 594,25 RM.
Die Einnahmereste betragen 1 938 885,15 RM.

b) für die außerordentliche Verwaltung
in Einnahme und Ausgabe gleichlautend auf 22 195 215,05 RM.
Die Einnahmereste betragen 49 520,11 RM.

Reste und Vorschüsse sind richtig nach 1929 übernommen worden.

Die entstandenen Etatsüberschreitungen werden, soweit sie noch nicht bewilligt sind, nachträglich genehmigt.

Dem Rechnungsleger wird Entlastung erteilt."

J. V. Dr. Schumacher.

*

Erhebung von Gemeindezuschlägen zur staatlichen Grundvermögenssteuer bei Wohnungsneubauten

Durch Gesetz vom 28. Dezember 1925 hat der Staat bei den seit 1924 errichteten Wohnungsneubauten ab 1. April 1926 auf die Dauer von fünf Jahren auf die staatliche Grundvermögenssteuer verzichtet. Den Gemeinden ist die Erhebung der Gemeindezuschläge freigestellt. Durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gelsenkirchen vom 1. Juli bzw. 2. Dezember 1926 und des Magistrats Buer vom 23. August 1926 ist auf die Erhebung der Gemeindezuschläge, solange der Staat die Grundvermögenssteuer nicht erhebt, verzichtet worden. In der Gemeinde Horst ist ein diesbezüglicher Beschluß nicht gefaßt. Die Freilassung ist hier erst mit der Vereinigung in Wirksamkeit getreten. Der Anregung der Aufsichtsbehörde, durch Heranziehung der Wohnungsneubauten eine weitere Einnahmemöglichkeit zu schaffen, hat die Stadtverordnetenversammlung bereits insoweit zugestimmt, als sie die Neubauten des ältesten Jahrganges (mithin ein Jahr vor Ablauf der fünfjährigen Ruhezeit) zur gemeindlichen Grundvermögensteuer heranziehen will. Demzufolge ist das mit 1 260 000 RM zutreffend berechnete Grundvermögensteuersoll mit 1 280 000 RM angesetzt, wodurch bei 350 Prozent Umlage eine Mehreinnahme von 70 000 RM erzielt werden soll.

Wenngleich auch hierdurch indirekt die früheren Beschlüsse, soweit das eine Jahr in Frage kommt, aufgehoben worden sind, so ist doch zur Vermeidung von Schwierigkeiten für die Praxis die Herbeiführung eines formellen Beschlusses notwendig.

Nach den katasteramtlichen Unterlagen beträgt der Jahresbetrag der Grundvermögenssteuer für Wohnungsneubauten nach dem Stande vom:

1. April 1926: 1 732,08 RM; hiervon beträgt die Gemeindeumlage bei 350 Prozent 6 062,28 RM;
1. April 1927: 23 620,80 RM; hiervon beträgt die Gemeindeumlage bei 350 Prozent 82 672,80 RM;
1. April 1928: 36 541,28 RM; hiervon beträgt die Gemeindeumlage bei 350 Prozent 127 894,48 RM;
1. April 1929: 54 017,17 RM; hiervon beträgt die Gemeindeumlage bei 350 Prozent 189 060,09 RM;
1. April 1930: 80 365,56 RM; hiervon beträgt die Gemeindeumlage bei 350 Prozent 281 279,46 RM.

Es ergibt sich hieraus, daß die Heranziehung des ältesten Jahrganges nur ein Mehr von höchstens 6062,28 RM bringen wird. Mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Stadt und den weiteren Umstand, daß bei dem Altbesitz in den letzten Jahren eine wesentliche Mehrbelastung eingetreten ist, und der Neubesitz zum großen Teil aus Mitteln der Hauszinssteuer, die der Altbesitz aufgebracht hat, finanziert worden ist, erscheint es geboten, der erneuten Anregung der Aufsichtsbehörde, durch restlose Heranziehung aller Neubauten weitere Einnahmemöglichkeiten zu schaffen, zu folgen. Auch aus rein verwaltungstechnischen Gründen ist dies auch insofern zweckmäßig, weil die Heranziehung nur einzelner Jahrgänge mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

Es wird vorgeschlagen, folgenden Beschluß zu fassen:

„Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Gelsenkirchen und des Magistrats Buer vom 1. Juli bzw. 2. Dezember 1926 und vom 23. August 1926 betreffend die Freistellung der Wohnungsneubauten von den gemeindlichen Zuschlägen zur Grundvermögenssteuer werden aufgehoben.

Mit Wirkung vom 1. April 1930 werden die Wohnungsneubauten zu den Gemeindezuschlägen zur Grundvermögenssteuer voll herangezogen."

J. V. Dr. Greve.

Das Notopfer der Schulen *

Von einem Schulfachmann.

Der preußische Finanzminister will am Schulwesen 51,7 Millionen RM einsparen. Ist das möglich? — Ja. Allerdings nicht so, wie es das Sparprogramm vorsieht.

Wir haben die große Volksschule, die von etwa 80 Prozent der Bevölkerung besucht wird. Es sind das Kinder, die später dem Arbeiterstande angehören werden. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Ferner sind die Mittelschulen vorhanden, die teils von Arbeitern, teils von solchen Kreisen beschickt werden, denen daran liegt, ihren Kindern etwas mehr Ausbildung mitzugeben, als es die Volksschule vermag. Obwohl die Mittelschule als Standesschule — leider vielfach mit Recht — bekämpft wird, so hat sie doch eine Daseinsberechtigung, und zwar so lange, bis die kommende Volksschule mit ihrem 9. und 10. Schuljahr sie ablöst. Aber an dieses „Hochziel" — eine Forderung des Deutschen Lehrervereins — ist in der heutigen Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes nicht zu denken.

Als dritte Schulart haben wir bekanntlich die höheren Schulen. Sie haben die verschiedensten Namen: Gymnasium, Oberrealschule, Oberlyzeum. Es gibt auch noch Abarten von Schulen, die jedoch beiseitegelassen werden sollen.

Es ist heute wohl in allen Kreisen bekannt, daß die Volksschule in den ersten vier Schuljahren Grundschule heißt. Es ist das Verdienst des Ministeriums Haenisch, daß jedes Kind in Preußen die ersten vier Schuljahre (6. bis 10. Lebensjahr) in die Volksschule muß. Ausnahmen werden so gut wie gar nicht geduldet. Die Kinder der Reichen und Armen sitzen gleichsam die ersten vier Jahre auf derselben Schulbank. Die große Mehrheit der Eltern und der gesamten Lehrerschaft — auch an Mittel- und höheren Schulen — stimmte zu.

Das Ministerium Haenisch hatte damals vor — es war 1920 —, noch weiterzugehen. Aber die Widerstände waren zu stark. Wenn nämlich die Grundschule etwa sechsklassig statt nur vierklassig wurde, dann mußten die Mittelschulen sowohl als auch die höheren Schulen es sich gefallen lassen, daß man ihnen die beiden unteren Klassen nahm.

Minister Haenisch selbst begründete diese Maßnahme nicht nur mit ideellen Gründen (eine Volks- und eine große Grundschule), sondern er betonte auch: Auf die Dauer wird es finanziell nicht möglich sein, die drei mächtigen Schularten (Volks-, Mittel- und höhere Schule) in dieser Art nebeneinander zu halten. Es wird die Zeit kommen, wo das Geld nicht mehr aufgebracht werden kann, um den drei Schularten das Allernotwendigste an Ausstattung, Lehrpersonen, kleinen Klassen usw. zu geben.

Jetzt sind wir am Vorabend dieser staatspädagogischen Notwendigkeit. Entweder werden die drei großen Schularten veröden und verkommen, oder das Werk des verstorbenen Haenisch muß Wirklichkeit werden. Ob allerdings ganz oder etappenweise, das läßt sich mit wenigen Worten nicht ausführen. Aber das ist sicher: Unabwendbar naht den drei Schularten das Geschick. Sie gehen einer pädagogischen Katastrophe entgegen, wenn sich die drei nicht zusammenschließen, gleichsam vertrusten, einen Schulkonzern bilden.

Und wie müßte diese Vertrustung auf dem Gebiet des preußischen Bildungswesens vor sich gehen? Die höheren Schulen müssen einsehen, daß sie — wenigstens in diesen Jahren der Not — auch mit weniger als neuen Jahren auskommen können und müssen. Ferner: Die Mittelschulen haben sich ebenfalls mit zwei bis drei Klassen weniger zu bescheiden. Und die Volksschule darf jetzt nicht mit ihrem Hochziel kommen: Wir wollen neun- oder gar zehnklassig werden.

Einigkeit macht stark. Es wäre eins der schönsten Notopfer, wenn heute die offiziellen Vertreter und Vertreterinnen der Schulen sich zusammensetzten und etwa folgenden Beschluß veröffentlichten:

* Wir bringen diesen Artikel, ohne uns alle seine Einzelheiten zu eigen zu machen.

Die Spitzenvertretungen der preußischen Volks-, Mittel- und höheren Lehrerschaft nebst den Delegierten der Elternbeiräte erklären: Die Stunde der Not gebietet die Vereinfachung des preußischen Bildungswesens, damit mindestens 50 Millionen RM allein vom Staat auf dem Gebiete des Schulwesens eingespart werden können. Das bedeutet: Die Grundschule muß sechsklassig werden. Und daraus folgt, daß die Mittelschule sich mit 4 Klassen und die höhere Schule mit 7 Klassen begnügen wollen. Der Streit, ob dadurch die eine oder andere Schulart an ihrem Bildungsgrad verliert, ist angesichts der wirtschaftlichen Not weiter Volksschichten einzustellen.

Ein Mädchen aus dem Zuge gefallen

Wie waren die näheren Umstände?

An einem der letzten Abende fuhr die 16jährige Tochter Käthe des seit etwa 1½ Jahren in Wanne-Eickel tätigen Rangierführers Häring mit dem gegen 20 Uhr nach Wanne fahrenden Personenzug. Auf der Strecke, in der Nähe der Preußenstraße, öffnete sich auf bisher noch unbekannte Weise die Tür und das Mädchen fiel heraus. Sie lag längere Zeit auf dem Bahnkörper zwischen den Gleisen, bis sie gegen 21 Uhr tot aufgefunden wurde. Die Eltern, die in Wanne auf der Hindenburgstraße 200 wohnen, warteten vergeblich auf die Tochter. Um 21.15 Uhr erreichte sie dann die Nachricht vom Tode ihres Kindes. Käthe Häring war als Lehrmädchen bei der Gelsenkirchener Firma K. beschäftigt. Die Polizei hat die Ermittlungen in der Sache aufgenommen. Ueber das endgültige Ergebnis der Erkundigungen konnte die Wanner Kriminalpolizei noch keine Auskunft geben.

Verbot von Tanzveranstaltungen usw.

anläßlich des Allerseelentages, des Bußtages und des Totensonntags

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums Recklinghausen teilt mit:

An den Vorabenden des Bußtages und der dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Jahrestage (Allerseelentag und Totensonntag), sowie an diesen Tagen selbst dürfen nach § 12 der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 19. April 1930 weder öffentliche, noch private Tanzmusiken, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten veranstaltet werden.

Am Allerseelentage (2. November 1930), am Bußtage (19. November 1930) und am Totensonntage (23. November 1930) dürfen auch theatralische Vorstellungen sowie Lichtspielvorführungen, Schaustellungen und öffentliche Lustbarkeiten nicht stattfinden.

Von diesem Verbot werden ausgenommen:

1. Darbietungen geistlicher Musik,
2. theatralische Vorführungen von Stücken ernsten Inhalts, die von der Polizeibehörde als der Bedeutung des Tages angemessen genehmigt werden,
3. Lichtspielvorführungen ernsten Inhalts, die von der Polizeibehörde als der Bedeutung des Tages angemessen genehmigt werden. Die Vorführungen dürfen jedoch nicht vor 18 Uhr beginnen und keine andere Musikbegleitung, als solche durch Harmonium haben. Tonfilme, die bezüglich der Musikbegleitung dieser Anforderung nicht entsprechen, können nicht zugelassen werden.

Am Bußtage können in Lichtspieltheatern außer Filmen religiösen und legendären Inhalts auch Lehrfilme und die von der Bildstelle des Instituts für Erziehung und Unterricht in Berlin oder der bayerischen Lichtbildstelle München für künstlerisch und volksbildend erklärten Filme, mit Ausnahme derjenigen humoristischen Inhalts, zugelassen werden.

In den für die Aufführungen (1 bis 3) benutzten Räumen darf ein Schankbetrieb nicht stattfinden. In Lokalen mit Schankbetrieb, gleichgültig, ob es sich um ein Café, Konzert- oder ähnliches Lokal handelt, sind musikalische Darbietungen jeder Art, auch ernste Musik, grundsätzlich verboten.

Am 2., 19. und 23. November 1930 sind außer den öffentlichen auch alle privaten in Konzert- und sonstigen öffentlichen Vergnügungslokalen veranstalteten Lustbarkeiten mit Einschluß von deklamatorischen Vorträgen, Schaustellungen, theatralischen Vorstellungen und Musikaufführungen verboten. Das gleiche gilt für öffentliche gewerbliche Veranstaltungen, wie Rennen, Boxkämpfe und ähnliche Darbietungen. Hierzu gehören auch Veranstaltungen von Sport- und Turnvereinen (Fußballwettspiele usw.), die nicht lediglich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt sind, sondern zu denen auch andere Personen, in der Regel gegen Eintrittsgeld, zugelassen werden.

Der Schulstreik in Barmen beendet

Der Streik, der am 1. Oktober in einer weltlichen Schule in Barmen ausgebrochen war und sich dann auf die beiden anderen weltlichen Schulen ausgedehnt hatte, hat nunmehr durch einen Beschluß der am Streik beteiligten Eltern sein Ende gefunden.

Wo bleiben unsere Spargroschen?

In einem Freundeskreise kam, nachdem man sich in stundenlangen, erregten Erörterungen durch das Dickicht der Politik hindurchdiskutiert hatte, auch die Rede auf „Sparen", und die Frage: „Wo bleiben unser Spargroschen?" wurde von jemandem in die Debatte geworfen, der dadurch ausdrücken wollte, daß für uns moderne Menschen der Fall mit der Hingabe des Spargeldes und dem Empfang eines Sparbuches durchaus nicht erledigt ist. Im Gegenteil: Hier beginnt unser Interesse eigentlich erst! Nicht um der Sicherheit willen, denn die steht bei der umfassenden, breit fundierten Organisation der deutschen Sparkassen außerhalb dieser Diskussion, sondern weil die wirtschaftlichen Verflechtungen, die Zusammenhänge zwischen dem nur scheinbar bedeutungslosen Tun und Lassen des einzelnen und dem großen Räderwerk der Volkswirtschaft uns Gegenwartsmenschen viel zu bewußt geworden sind, als daß wir nicht die Brücke empfänden, die von unseren Spargroschen zum großen Wirtschaftsganzen hinüberführt.

Wo bleibt das Geld, das wir und viele andere tagaus, tagein, zusammen im Jahre viele Millionen RM, auf die Sparkasse tragen? Durch welche Kanäle fließt es in die Wirtschaft zurück, wie wird es dort fruchtbar? Denn daß es auf irgendeine Weise der Allgemeinheit wieder dienstbar gemacht werden muß, steht außer Frage.

Wohin greift man, wenn man dem ewig ungläubigen Mitmenschen etwas schlagend beweisen will? Zur Statistik! Wir haben zwar ein bißchen viel Statistik heutzutage, so viel, daß man sagen könnte, die Steinzeit, die Bronzezeit, die Eisenzeit, sie alle sind nun endgültig abgelöst, ausgelöscht durch das Zeitalter der Zahl. Aber manchmal hat auch eine Statistik etwas Gutes, und in unserem besonderen Falle gibt sie uns auf die Frage nach dem Schicksal unserer Spargroschen eine recht interessante Antwort.

Greifen wir einmal die preußischen Sparkassen heraus. Wir dürfen das ruhig tun, denn Preußen nimmt immerhin, was Gebiet und Bevölkerung anbelangt, einen so erheblichen Teil des Reiches ein, daß man es als illustrativen Teil des Ganzen ansehen kann. Die Statistik verrät uns, daß die Sparkassen Preußens die Spargelder folgendermaßen weiterverwertet haben (in runden Sätzen) nach dem Stande von Ende 1929:

26 Prozent sind dem mittelständischen Gewerbe, Handel und der Landwirtschaft in Gestalt von kurzfristigem Kredit auf dem kürzesten Wege wieder zugeflossen;

42 Prozent sind den gleichen Weg in der Gestalt langfristiger Hypotheken gegangen. Diese Mittel sind dem Kleinwohnungsbau, vor allem dem wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise zugute gekommen.

Zusammengefaßt kann man also sagen, daß über zwei Drittel der Sparkassengelder auf direktem Wege zur Finanzierung der Wirtschaft dienen. Da wir alle aus eigener Erfahrung wissen, daß sich der Kundenkreis der Sparkassen außer aus Arbeitnehmern in weitestem Sinne vorwiegend aus dem städtischen und ländlichen Mittelstande rekrutiert, aus Handwerk, Handel und Kleingewerbe, erscheint auch der Schluß nicht abwegig, daß die Spargelder in erster Linie der Kleinwirtschaft zugute gekommen sind.

Die übrigen Spargelder sind teils in Wertpapieren und Krediten an öffentliche Körperschaften angelegt, teils werden sie (vor allem gilt dies auch für Giroeinlagen) zur Aufrechterhaltung einer ständigen Zahlungsbereitschaft der Sparkassen bei ihren Zentralbanken, den Girozentralen und Landesbanken unterhalten.

Die Antwort auf die Frage aus jenem Freundeskreise, die aus wirtschaftlichem Interesse gestellt wurde, hätte von niemandem besser gegeben werden können, als durch diese statistische Feststellung:

Die Sparkassengelder strömen ohne Umweg, und damit ohne Zinsverteuerung, dahin, wo sie zur Zeit am dringendsten gebraucht werden, nämlich in Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, Wohnungsbau.

Diese Antwort hinterläßt damit auch zugleich die Ueberzeugung: Wer spart, finanziert die deutsche Wirtschaft!

Generalmusikdirektor Richter (Hagen) nach Hamburg berufen

Der Vorstand der Philharmonischen Gesellschaft in Hamburg hat den Dirigenten Richard Richter, bisher Generalmusikdirektor in Hagen, verpflichtet. Er wird in allernächster Zeit in einem besonderen Konzert dem Senat der Stadt Hamburg sowie den Spitzen der Behörden vom Vorstand der Philharmonischen Gesellschaft vorgestellt werden.

Einziehung erledigter Orden und Ehrenzeichen

Von der Pressestelle der Regierung Münster wird darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über die Rückgabe von Orden und Ehrenzeichen nach wie vor in Kraft geblieben sind. Alle durch das Ableben der Inhaber erledigten Auszeichnungen, soweit sie nicht bestimmungsgemäß von der Rückgabe ausgeschlossen oder von den Besitzern schon bei Lebzeiten oder von den Hinterbliebenen käuflich erworben wurden, müssen daher an den Staat wieder zurückgegeben werden. Bezüglich aller Auszeichnungen, die aus irgendeinem Grunde nicht beigebracht werden können, hat der Staat gegenüber den Erben des Beliehenen einen Anspruch auf Ersatz des Wertes.

WIR EMPFEHLEN UNS GANZ BESONDERS

Sparen schafft Freude!

Darum spare bei der

Stadtsparkasse Gelsenkirchen!

Hauptstelle: Neumarkt 6. Zweigstellen in allen Stadtteilen

Wilhelm Jaeger
Pflaster- und Tiefbaugeschäft
Gelsenkirchen
Ringstr. 46-48 Fernruf 226 05

Heinrich Klein G. m. b. H.
Gelsenkirchen
Wildenbruchstr. 15-23
Fernspr.-Sammel-Nr. 27551
Eisen, Metall und Röhren-Großhandlungen
Muster-Ausstellung von sanitären Einrichtungs-Gegenständen

GAS
ist auch für Sie
der allein richtige Brennstoff
Seine Billigkeit, Bequemlichkeit und Leistungsfähigkeit macht das Gas für jeden häuslichen Zweck unentbehrlich.
Alle Gasgeräte kaufen Sie gut, billig und zu kleinen Raten in den Verkaufsstellen der städtischen G.-W.-E.-Werken.

Wenn Sie sich **VERLOBEN**
oder schon verlobt haben, ist es doch das erste, daß Sie an die Einrichtung Ihres zukünftigen Heims denken. Besichtigen Sie bitte, ganz zwanglos die Ausstellung preiswerter Möbel. Ueber die vorteilhafteste Zahlungsart unterrichtet Sie dann gerne das
Möbelhaus Heinr. Bartmann
Gelsenkirchen, Bochumerstr. 80

Joh. Bußmann
Gelsenkirchen, Karlstr. 33-35
Spedition und Kohlenhandlung
Kohlen, Koks, Briketts, Anthrazit u. Brennholz frei Keller
Möbeltransport

Ihr Heim schmückt Ullmann!
Größte Auswahl in Tapeten, Farben, Lacke, Glas, Balatum, Linoleum, Straguta bei Billigste Preise!
Gebr. Ullmann, Gelsenkirchen
Verkaufsstellen: Schalker- und Florastraßen-Ecke, Hochstraße 14, Buer: Hochstraße 23.

Rud. Burgmer
Gelsenkirchen
Bochumerstr. 20 Ruf 251 41/43
Bahnspedition
Möbeltransport
Lagerung
Spezial-Omnibusse
(20-, 30-, 50-sitzig)
Filiale Buer: Goldbergstr. 2 Ruf 3048 0

Photogr. Atelier u. Foto-Haus
Albert Lange
Gelsenkirchen, Augustastr. 4
gegenüber Alsberg — Fernsprecher 21730
Aufnahmen aller Art
Spez.: Kinderbilder u. Fam.-Grupp.
Kulante Bedienung. Mäßige Preise.
Abt. II: Amateurbedarf, Entwickeln, Abzüge, Vergrößern in 6 Stunden. Apparate erster Fa. mit Zubehör.
Gelegenheitskäufe. — Fachmänn Beratung.
Teilzahlung gestattet.

Emil Krombach
Gelsenkirchen
Grenzstr. 126 Ruf 27925
Malermeister
Solide und saubere Ausführung sämtlicher Maler- und Anstreicher-Arbeiten

Miele- Wasch-, Wring- und Mangelmaschinen
kaufen wir im größten Spezialgeschäft für Miele-Erzeugnisse
KAMPHAUS G. m. b. H.

Linoleumteppiche
Tapeten Farben
etc. nur von
Schmedeshagen
Gelsenkirchen
Bismarckstraße 118.

Alsberg
Gelsenkirchen A.-G.
Größtes Warenhaus des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers.
Das Haus der guten Qualitäten

STADTHALLE
GELSENKIRCHEN
(Inh.: Hans Berhorst)
Angen. Familien-Aufenthalt.
Festsäle für Versammlungen und Festlichkeiten

Fritz Gröning
Gelsenkirchen
Markgrafenhof 49 Telefon 224 93
Plattierungen
Spezialgeschäft für Flurbeläge und Wandbekleidungen.
Saubere u. fachgemäße Ausführungen

Nr. 246. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 21. Oktober 1930.

STADTTEIL BUER

Straßenausbesserung

In der vorigen Woche waren Tiefbauarbeiter an einigen Stellen der Hochstraße damit beschäftigt, das schadhafte Bürgersteigpflaster auszubessern. Bei dieser Gelegenheit sei nochmals daran erinnert, daß man sich in Buer Mitte seit langem danach sehnt, der Hochstraße ein besseres Pflaster zu geben. Bei schlechtem Wetter macht es wahrhaftig keinen Spaß, diese Hauptgeschäftsstraße zu passieren. Ferner ist man auch dabei, an der Westerholter Straße Ausbesserungen vorzunehmen, wobei an einer Stelle zwei kranke Straßenbäume leider der Art zum Opfer fallen müssen. Weiter befindet sich die an der Horster Grenze gelegene Brauckstraße seit längerer Zeit in einem trostlosen Zustande, worunter besonders der Verkehr arg zu leiden hat. Die Straßendecke wies viele Schlaglöcher auf, und es kamen nicht selten Stürze jeder Art vor. Seit einigen Tagen wird nun die Straße ausgebessert. Die Ausbesserung, die sich bis zur Stinnesbahnlinie hinzieht, dürfte Anfang nächster Woche beendet sein.

Einbruchsdiebstahl

In der Nacht zum Sonntag wurde in der Geschäftsstelle der Hamburg-Amerika-Linie, Goldbergstraße 4, ein Einbruchsdiebstahl von einem bisher noch nicht ermittelten Dieb verübt. Der Täter hat draußen das Scherengitter am Straßeneingang beiseitegedrückt und mit einem Brecheisen die doppelt verschlossene Bürotür gewaltsam geöffnet. Hierbei wurde sogar ein Riegel zurückgeschoben. Im Büroraum selbst durchwühlte der Täter Schreibpult und Schränke. Er durchsuchte sämtliche Schubladen. Hierbei sind dem Spitzbuben 2,05 RM, welche sich in einer Schublade des Schreibtisches befanden, in die Hände gefallen. Ein weiterer Geldbetrag, der aber wohl nicht so leicht aufzufinden war, wurde von dem Dieb unberührt gelassen. Bürogegenstände, wie Schreibmaschine usw. sind nicht entwendet worden. Anscheinend hat der Täter es nur auf Bargeld abgesehen. Er wird um so ungestörter sein Handwerk haben ausführen können, als im Raume nebenan die Rheinländer im Saale des Hotels zur Post in froher Stimmung ihr Winterfest feierten.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Er wollte dem Möbelhändler einen Schabernak spielen ...

Ein Ehepaar, wahrscheinlich schon seit längerer Zeit verheiratet, hat die Absicht, sich eine Kücheneinrichtung zuzulegen. Der Mann ist Bergmann. Bei einiger Sparsamkeit wäre es möglich, ratenweise zu zahlen und in den Besitz der Möbel zu kommen. Es findet sich auch bald ein Händler, der bereit ist, die Möbel zu geben, aber er behält sich das Eigentumsrecht bis nach völliger Bezahlung vor. Einige Monate geht alles gut. Dann aber stellen sich unheilverkündend die ersten Feierschichten ein. Noch bezahlt das Ehepaar B. nach besten Kräften. Aber als der Mann nun völlig arbeitslos wird, ist es zu Ende. Das Angebot, von dem Stempelgelde monatlich noch 16 RM zu zahlen, lehnt der Möbelhändler ab. Den Angeklagten B. packt ein nicht geringer Aerger. Er geht hin und läßt die Kücheneinrichtung ohne Wissen der Frau versteigern und verbraucht den Erlös für sich. Abends kommt er angeheitert nach Hause und erzählt der Frau den Sachverhalt. Der um etwa 450 RM geschädigte Händler hat wohl gleich Strafantrag gestellt. Die Ehefrau, der irgendeine Beteiligung nicht nachgewiesen werden kann, wird freigesprochen. Der schon vorbestrafte Ehemann A. B. erhält ohne Bewährungsfrist einen Monat Gefängnis.

Spiel nicht mit Schießgewehr ....

Es war ja eigentlich gar kein Schießgewehr, das den Angeklagten A. R. verleitete, schuldig zu werden, aber ein ähnliches Mordinstrument aus der „großen, ruhmreichen" Soldatenzeit. Er war bei einem Spaziergang — wie er angibt — an den Hüller Bach in den Besitz eines regelrechten Infanterieseitengewehres gekommen, das er zu Hause aufbewahrte, so etwa als profane Reliquie. Aber dieser Umstand wurde dem 24jährigen R. in der Folgezeit zum Verhängnis. Eines Abends, als er sich nicht wenig alkoholisiert hatte, war er von irgendwelchen, unbekannten Leuten gehörig verhauen worden. Er war nach Hause geeilt, hatte seine Waffe, das Seitengewehr, ergriffen und war wieder auf die Straße gelaufen. Von den vermeintlichen Tätern war natürlich nicht die geringste Spur zu sehen. Dafür standen aber an der Straßenecke unter einer Laterne — es war gegen 22 Uhr abends — einige Jungen, die einen kleinen Spaziergang gemacht hatten, und nun sich daran gefielen, „Witze zu erzählen" und darüber zu lachen. Gerade als R. vorüberkam, ergoß sich eine Lachwelle über den ohne dies verärgerten Jüngling. Er drehte sich um und ging mit seiner Waffe auf die Gruppe zu. Die meisten machten dem Heranstürmenden Platz und gingen laufen. Der erste, dem R. gegenübertrat, war ein guter Bekannter. Den ließ er ungeschoren. Aber dem K. setzte er das Seitengewehr auf die Brust und faßte ihn an. Als er losschlagen wollte, packte K. in seiner Angst das Seitengewehr an der Schärfe und brachte sich, als R. die Waffe rasch zurückzog, eine erhebliche Verletzung an der Hand bei. Das Gericht ließ dem Missetäter gegenüber Milde walten und verurteilte ihn nur zu einer Geldstrafe. Er erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 50 RM, wegen unerlaubten Waffenbesitzes 10 RM. Wenn er nächstens eine Waffe findet, tut er gut, sie gleich abzuliefern.

Verkehr

Kennzeichnung der Päckchen im Auslandspostverkehr.

Die seit 1. Juli für den Verkehr mit dem Ausland eingeführte neue Gattung von Briefsendungen, die „Päckchen" müssen nach den zwischenstaatlichen Bestimmungen in jedem Fall auf der Aufschriftseite mit einem grünen Zollzettel versehen werden, gleichviel, ob sie zollpflichtige Gegenstände enthalten oder nicht. Außerdem sollen sie mit der Bezeichnung „Petit Paquet" oberhalb der Aufschrift gekennzeichnet werden; ferner verlangen einzelne Länder noch die Beifügung von Zollinhaltserklärungen. (Näheres am Postschalter.) Diese Bestimmungen werden leider von vielen Versendern nicht beachtet, wodurch sie sich oder den Empfängern viele Ungelegenheiten bereiten. Denn nicht mit Zollzetteln usw. versehene Päckchen können im Bestimmungslande leicht mit zollpflichtigen Warenproben verwechselt und demgemäß mit Zollstrafen belegt oder beschlagnahmt werden.

Es liegt somit im eigensten Interesse der Absender, die genannten Bestimmungen im Verkehr mit dem Auslande genau zu beachten.

Wanderausstellung „Vom Willen deutscher Kunsterziehung"

In der Wanderausstellung „Vom Willen deutscher Kunsterziehung", welche in den Tagen vom 19. bis 26. Oktober auf Einladung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Zweigstelle Essen, durch das Forschungsinstitut „Schule der Volkschaft", Marktbreit a. M., in Essen gezeigt wird, befindet sich eine Abteilung, die für die Kunsterziehung in allen Schulformen von besonderer Bedeutung sein wird: Sie zeigt Einblicke in die Beziehungen, die das Kind und der Jugendliche nach seinem Lebensalter zur Erwachsenenkunst haben kann. Seit über 30 Jahren gehen die Bemühungen, der bildenden Kunst Eingang in die Schule zu verschaffen durch künstlerischen Wandschmuck in Schulen und durch Kunstbetrachtung (Erklärung des Kunstwerks). Es blieb jedoch zweifelhaft, wie weit ein Werk der Erwachsenenkunst sich dem Kinde erschließt. In dieser nun für Essen angekündigten wissenschaftlichen Ausstellung werden nun drei hochbedeutsame Versuche in ihren Ergebnissen dargestellt, die dies organische Verhältnis zu den Bildwerken der Erwachsenen bei den Kindern erforscht.

Der erste Versuch wurde unternommen vom Volksbildungsamt Friedrichshain zu Berlin unter Leitung des Stadtrats W. Gentsch in Gemeinschaft mit dem Bund für Kunstausstellungen in Schulen. Die Kinder der Berliner Volksschulen sollten eine Kunstausstellung besuchen von Bildwerken, die zum erstenmal ausgestellt werden sollten. Den Kindern wurden die Titel (Sachinhalte) der Bilder mitgeteilt, darauf versuchten die Kinder, diese Ausstellung von sich aus zu malen, ehe sie die Erwachsenenbilder gesehen hatten. Da das gleiche Thema von Kindern des verschiedensten Alters gestaltet wurde, ergaben sich Möglichkeiten des Vergleichs, die Lebensalterbildbestände der Kinder traten hier klar zutage — zuweilen schnitt der „erwachsene Künstler" gegen die Kinderleistung sehr schlecht ab.

Die beiden anderen Versuche, die gezeigt werden, wurden unternommen von einem Führer der Hamburger Lehrerschaft, W. Wommelsdorf, der 30 000 Bildwerke auf ihre Wirkungsmöglichkeit auf Kinder untersuchte, und von einem Frankfurter Lehrer Gottschow (Schillergymnasium, Frankfurt a. M.), der durch Niederschriften von Kindern und Nachgestaltungen aus der Erinnerung, nachdem die Schüler und Schülerinnen die Bildwerke der Erwachsenen gesehen hatten, die künstlerischen Gestaltungs- und Formenbestände der Kinder und Jugendlichen den Formbeständen der Erwachsenenbildwerke gegenüberstellte. Es wird das Ergebnis dieser Forschungen in eigenen Veröffentlichungen des Forschungsinstituts „Schule der Volkschaft für Volkskunde und Erziehungswesen" in Marktbreit a. M. erfolgen. Auf die öffentliche Ausstellung dieser wissenschaftlichen Arbeiten in Essen im Rahmen der Kunstpädagogischen Tagung vom 19. bis 26. Oktober seien alle interessierten Kreise hingewiesen. Anfragen sind zu richten an die Zweigstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Essen, 3. Hagen 13.

Der Abbau auf Moltke

500 Belegschaftsmitglieder werden abgebaut.

Gladbeck, den 20. Oktober 1930.

Samstag vormittag fanden vor dem Vertreter des Demobilmachungskommissars im Verwaltungsgebäude der Zeche Graf Moltke 1-2 die Verhandlungen über den angekündigten Abbau von weiteren Belegschaftsmitgliedern statt. Als Vertreter des Demobilmachungskommissars war ein Oberbergrat vom Oberbergamt Dortmund anwesend, außerdem die Vertreter der Verwaltung, des Betriebsrats und der Spitzengewerkschaft. Die Stadt Gladbeck war durch den Beigeordneten Krahn vertreten. Die Zechenverwaltung begründete die Notwendigkeit des Abbaues mit der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage des Bergbaues, darauf hinweisend, daß allein 97 000 Tonnen Koks lagerten. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß der Vertreter des Demobilmachungskommissars die Genehmigung in dem von der Zechenverwaltung geforderten Umfange erteilte. Es handelt sich auf der Schachtanlage Moltke 1-2 um zwei Steigerreviere mit 197 Belegschaftsmitgliedern, auf Moltke 3-4 um ein Steigerrevier mit 192 Belegschaftsmitgliedern und um die Stillegung der Kokerei mit 111 Angestellten und Arbeitern. Die Kokereianlage soll, da sie in keiner Weise mehr modernen Ansprüchen entspricht, abgebrochen werden, da die Zentralkokerei bei den Nordsternschächten in Horst die gesamte Kokserzeugung übernimmt.

*

Dieser ungeheure Abbau, der Hunderten von Familien Not und Elend bringen wird, ist wohl von den Zechenherren, die sich hilfesuchend an den Demobilmachungskommissar wandten, als Eröffnung der Winterüberraschungen gedacht. Wenn die Veranlasser derartiger Beschlüsse sich einmal bildhaft und eindringlich die schrecklichen Folgen vor die Seele rufen möchten, — bei einem Fünkchen Menschlichkeit müßten sie sich entschließen, Tausenden von Menschen Furcht und unsägliche Leiden des kommenden Winters zu ersparen. Es wäre allerdings notwendig — das mag zugegeben werden —, daß die Tantiemen und märchenhaften Verdienste der Unproduktiven um ein geringes geschmälert würden. Das „geht natürlich nicht". Dafür beschert man lieber den Armen und Aermsten schon jetzt Todesangst vor dem nahenden Winter. Alle irgendwie mitverantwortlichen Instanzen aber sollten es als dringendste Aufgabe betrachten, zu versuchen, dieses grausame Projekt mit allen Mitteln rückgängig zu machen.

Kommunistischer Schriftleiter zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Der Schriftleiter Peter Stahl in Köln stand unter der Anklage vor Gericht, durch drei Artikel seines Blattes zu Gewalttätigkeiten aufgereizt zu haben, indem er die Mitglieder der Kommunistischen Partei aufforderte, den Anmarsch der Nationalsozialisten durch Besetzung der in Frage kommenden Straßen unmöglich zu machen. Zugleich hatte er in den drei Artikeln aufgefordert, die Faschisten totzuschlagen, wo man sie treffe. Der Angeklagte verteidigte sich damit, seine Ausführungen in den angeführten Aufsätzen seien doch nur in übertragenem Sinne zu verstehen. Das Gericht lehnte diese Auslegung ab und verurteilte Stahl wegen fortgesetzten Vergehens gegen das Republikschutzgesetz in Tateinheit mit Vergehen gegen § 20 des Pressegesetzes zu einem Jahr Gefängnis. Der Angeklagte wurde im Gerichtssaal sofort verhaftet.

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN





Flick, Flock, Flaum, den Zwergen
von den fernen Bergen
bot 'nen Roller nun ein Mann
in der Stadt zum Kaufe an.

Lustig dann und munter
ging's die Straße 'runter,
wie der Wind auf einem Bein,
diese Fahrt war wirklich fein.





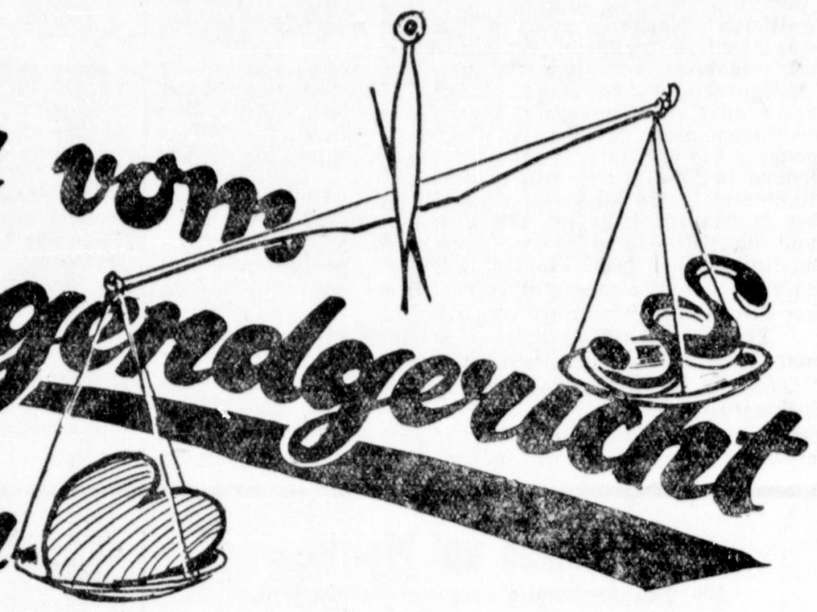
Daß sie noch am Ende
nahm 'ne schlimme Wende,
Flick der wußt' es ganz genau,
's war die Schuld der Apfelfrau.

Denn sie kam zu Schaden,
weil ihr Apfelladen
plötzlich an der Stelle stand,
wo die Fahrt ihr Ende fand.

Unterhaltung und Wissen

Bilder vom Jugendgericht

von Mario Mohr



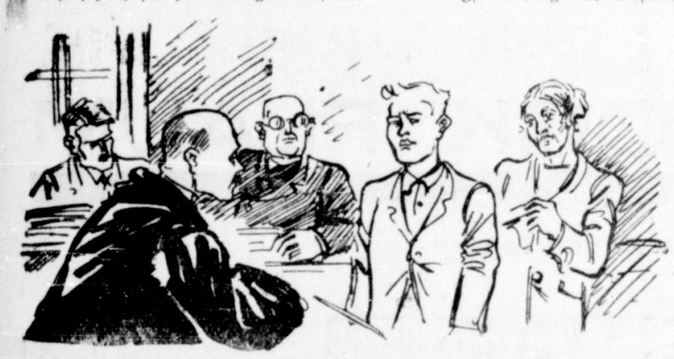
Wenn vor den Schranken eines Gerichtes Rechtsbrecher ihren Lebenslauf erzählen, wenn man in den Akten den kriminellen Werdegang eines solchen Menschen verfolgt, dann ist die Entwicklung fast immer die gleiche: ewig ähnliche Anfänge, die schon in frühester Jugend beginnen.

Mit allen Mitteln zu versuchen, solche Lebensläufe seltener werden zu lassen, durch Anlage oder Milieu gefährdete junge Menschen zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen, ist Aufgabe des Jugendgerichts. Der Richter, der von da oben sich zu den jugendlichen Sündern herunterbeugt, ist nicht wie sonst in Gerichtszimmern allein der strenge Hüter des Rechtes. Er ist, vor jedem anderen Gesichte sich mit erstaunlicher Schnelligkeit wandelnd, bald ein milder Vater, ein gütiger Ermahner, ein strenger Lehrer, bald zuredend, bald barsch und energisch anfahrend, je nachdem die einzelnen Gemüter es verdienen.

Die meisten der vorgeführten Sünder waren einmal notorische Schulschwänzer. Der eine da hat allein im letzten Halbjahr seiner Schulzeit 22mal gefehlt, ist etwa ein Dutzend Mal eine Stunde zu spät gekommen. Man hat seinen Eltern Strafzettel geschickt, ihn viermal polizeilich vorführen lassen. Er ist jetzt erst 15 Jahre alt, hat aber schon recht oft seine Lehrstelle gewechselt. Den Eltern ist er über den Kopf gewachsen. Die Mutter, schwer mit der Not der Zeit ringend, steht hilflos da, zuckt die Achseln. Ein frecher, kecker, dickköpfiger Bursche. Einmal habe ihn der Lehrer geschlagen. Darauf versteift er sich jetzt: aus Angst sei er nicht mehr zur Schule gegangen.

„Aber du siehst gar nicht nach einem Hasenfuß aus!"

Der Lehrer stellt als Zeuge den Sachverhalt ganz anders dar. Er ist ein schmaler, blasser, nervöser, überhetzter Mensch, der neben dem frischen, frechen Jungen absolut keine Angst einflößende Gestalt abgibt. Im Gegenteil. Man glaubt ihm ohne weiteres, daß er mit dem Jungen einfach nicht fertig geworden ist.



Neben dem Richter vor einem anderen Tisch sitzt hinter einem Berge von Akten der Vertreter des Jugendamtes. Auch aus seinen Notizen geht hervor, daß der junge Sünder auf keinem guten Wege ist. Die Mutter — elf andere Kinder hat sie noch — sieht ängstlich von Gesicht zu Gesicht. Ihr geht die ganze Sache viel näher als dem Jungen. Ein Vertreter der evangelischen Landeskirche macht sich gleichfalls Notizen. Ein Geistlicher von der katholischen Jugendfürsorge sieht dem kleinen Sünder ernst und prüfend ins Gesicht. Doch der zieht einen frechen Mund und schaut zum Fenster hinaus.

Urteil: Schutzaufsicht des Jugendamtes . . .

Ein anderer, schon etwas weiter fortgeschritten, kommt in die Erziehungsfürsorge. „Es ist zu deinem Besten, mein Junge. Wir wollen dich retten. Du wirst jetzt von Hause wegkommen. Du sollst ein anständiger, nützlicher, arbeitswilliger Mensch werden. Versprichst du das?" Und dem Bejahenden reicht der Richter die Hand, ehe der Junge mit seiner schluchzenden Mutter den Saal verläßt . . .

Ein Name wird aufgerufen. Der Junge ist nicht da. Nur die bekümmerte Mutter kommt. Ihr Sprößling ist bereits in der Erziehungsanstalt. Hat dort eine Uhr gestohlen. Ein Protokoll wird verlesen. Der Junge hat alles zugegeben. Er wollte ausrücken.

Das Urteil lautet auf eine Woche Gefängnis. Aber es wird voraussichtlich nicht vollstreckt werden. Man wird weitere Erziehungsmaßnahmen ergreifen, strengere . . .

Dann kommt eine Illustration zu unserer traurigen Wirtschaftskrise. Eine Firma ging pleite. Der Buchhalter wurde mit Waren bezahlt. Mit diesen Waren betrieb er das Geschäft weiter. Der junge Laufbursche blieb bei ihm als Laufbursche, als Angestellter, als Verkäufer, als Reisender, Mädchen für alles. In den Cafés hielt man seine geschäftlichen Konferenzen ab. Aber das „Unternehmen" ging bald in die Brüche. Der junge Laufbursche schritt zur Selbsthilfe. Er verkaufte etwas von den Waren und behielt das Geld für sich, da der Buchhalter ihm keinen Lohn, kein Krankengeld und auch keine Steuermarken und Krankenkassengebühren bezahlt hatte.

„Ich mache Sie darauf aufmerksam", sagt der Richter mit gutem Grunde zu dem Buchhalter, der als Zeuge auftritt, „daß Sie die Aussage verweigern können, wenn Sie sich selbst einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben". Es muß ein schönes Geschäft gewesen sein.

Der Anklagevertreter beantragt Freisprechung. Sie wird auch beschlossen und verkündet. Aber auch hier wird sich das Jugendamt ein wenig um die Zukunft des Jungen kümmern.

Dann kommen zwei Mädels. Sie werden des Diebstahls bezichtigt. Haussuchungen haben stattgefunden. Ein ernster Fall. Wenn man die beiden jungen Mädels sieht, traut man ihnen die Tat kaum zu. Und man hat Recht damit. Denn nach einer Viertelstunde Verhandlung wird das angebliche Verbrechen zu einem Musterbeispiel einer richtigen kleinen, gemeinen Weiberintrigue. Beim Putzen des Geschäftes hat die eine Stoffreste, die in den Ofen wandern sollten, mit nach Hause genommen. Die andere hat bei



einer ähnlichen Gelegenheit den Werkmeister um Erlaubnis dazu gebeten. Dann kam ein Krach mit einer anderen Arbeiterin. Die ging zum Chef und zeigte die beiden wegen Diebstahls an. Zweimal fanden Haussuchungen statt. Man fand eine Bluse, die aus diesen Resten angefertigt war. Der Chef selbst gibt den Mädchen die besten Zeugnisse. Die Erkundigungen über sie lauten überall ausgezeichnet. Auch das Jugendamt setzt sich ausdrücklich für die Mädels ein. Die beiden Elternpaare hinter ihren Töchtern schweben zwischen Stolz und Furcht. Das Gericht berät.

Und wieder glättet sich das Gesicht des Richters in Milde: „Ihr seid ehrliche Mädchen. Ihr seid schuldlos. Bleibt weiter so! Aber wahrt auch den geringsten Schein! Ihr habt gesehen, wohin gehässige Mitmenschen euch bringen können."

Erleichtert ziehen die beiden ab. Stolz folgen ihnen die Eltern. Ueber den Gang schallt des Gerichtsdieners Stimme. Der nächste kleine Sünder erscheint. Schwer schlürft ein altes Mütterchen hinter ihm drein.

Der Schutz der Landschaft

In England hat sich eine Vereinigung gebildet, die dazu erziehen will, Schädigungen landschaftlicher Schönheiten zu vermeiden. Zu diesem Zwecke sollen vor allem die Lehrer in den Schulen die Kinder darauf aufmerksam machen, daß sie nicht sinnlos Pflanzen ausreißen, nicht alles Mögliche am Wege hinwerfen, nicht Wiesen zertreten, Zweige knicken usw. Ebenso soll durch die Presse möglichste Achtsamkeit beim Publikum erzielt werden, die sich auch bei Errichtung von Bauten, Wegen und ähnlichem auswirken soll, um Entstellungen zu vermeiden. Die neue Organisation hat den hübschen Namen „Das Grüne Kreuz" angenommen, als Gegenstück zu dem Blauen Kreuz der Abstinenten und dem Roten Kreuz der internationalen Wohlfahrtsorganisation.

Furchtbare Verheissung

In einer Kirche in St. Gallen klebt am Opferstock ein Täfelchen:

„O Wanderer, spend' ein Silberstück;
Uns macht es Freud', und dir bringt's Glück;
Und gibst du nichts, so ist besiegelt dein Geschick:
Dich holt der Teufel und dein Geld der Bolschewik."

Marthot Kaegi

Um das bißchen Brot

Nachdruck verboten. (1. Fortsetzung.)

Zu dieser entschieden kompetenten Dame also ging ich in meinen Nöten und bat um ihren Rat. Ihrer Meinung nach eigneten wir uns beide vortrefflich für diesen Beruf; und besonders ich schien ihr die geborene Provisionsreisende zu sein. „Aber vor allem schaffen Sie sich ein kleines Auto an; verwenden Sie Ihre letzten Reserven dafür", redete sie eindringlich. „Ein Auto gibt Relief, verleiht Sicherheit; gleich tritt man anders auf. Auch können Sie außer dem Hauptartikel noch ein paar andere mit sich führen und verdienen so von allem Anfang an das Doppelte und Dreifache." Das leuchtete mir ein. „Und dann nur praktische Sachen; Eßwaren zum Beispiel sind gut; auch Putzzeug ist nicht übel; aber ja nichts Künstlerisches — das würde gar nicht ziehen! Praktisch, praktisch sein!" Beim Abschied, schon zwischen Türe und Angel, fragte sie noch, halb schalkhaft, halb verlegen: „Haben Sie nicht am Ende irgendeinen Verwandten, der Ihnen irgendein Rezept für ihrgendeine Spezialität hinterließ? 's kann auch ein Vetter in Amerika sein. Ich kann Sie versichern, das ist das allerbeste!" Aber leider hatten wir keine derartigen Verwandten. Weder in der Familie meines Mannes, wo sie alle ohne Ausnahme stets nur geistige Güter hinterließen, noch in meiner eigenen, wo man von jeher darauf bedacht war, die Nachkommen jeweilen mit sehr viel positiveren Dingen als Rezepten zu beglücken. Und damals fehlte es uns an Spannkraft und Humor, solch wundertätige Onkels, Vettern, Tanten samt zugehörigen Rezepten schlankweg zu erfinden.

Unser nunmehriges Ziel mußte ganz offenbar sein: hervorragend smarte und gewitzte Geschäftsleute modernen Formates zu werden. Es erschien uns als Selbstverständlichkeit, über die man kein Wort zu verlieren brauche, daß der erste Schritt auf dieses Ziel hin nur auf dem Insertionsweg erfolgen könne. Wir setzten also zwei Inserate auf. Das eine lautete:

Dame mit Auto

aus erster Schweizer Familie (in Not geraten), präsentable Erscheinung, energisch und zuverlässig; deutsch, französisch, englisch, nimmt guten Artikel mit.

Dazu ein männliches Gegenstück.

Es zeigte sich rasch, daß die Dame um vieles erfolgreicher war. Postwendend kamen zahllose Angebote. Alle Welt [illegible]en mir und meinem Auto (das vorderhand allerdings bloß in der Zeitung existierte) ihre Artikel anvertrauen zu wollen. Ich wüßte nicht eine Branche, die nicht vertreten gewesen wäre. Geschäftsherren, Importeure, Erfinder, Agenten wandten sich da an mich, und ausnahmslos versprachen mir alle goldene Berge. Wir brauchten wahrhaftig eine Woche, um uns durch alle diese zukunftsschwangeren Verheißungen durchzuarbeiten, und gewannen unter dem Einfluß so leuchtender Aussichten wenigstens einen Teil unseres malträtierten Selbstvertrauens wieder zurück.

Allendlich fiel unsere Wahl auf eine automatische Waage für meinen Mann, Bett-, Tisch- und Leibwäsche für mich. Als Neben- und Füllartikel kam für uns beide ein Silberputztuch und ein amerikanisches Bodenputzmittel in Betracht. Für mich persönlich wählte ich noch einen Likorextrakt, sowie ein Haut- und Schönheitsmittel. Das war vorläufig alles.

Allem Anschein nach hatten wir bei der Abfassung (namentlich des Dameninserates) gar keine ungeschickte Hand gehabt; erweckte es doch das besondere Interesse eines während und nach dem Krieg außerordentlich erfolgreichen Geschäftsherren, der uns ersuchte, bei ihm vorbeizukommen, „vielleicht lasse sich etwas machen". Unsere Hoffnungen stiegen, wie das Thermometer bei Föhn. Wir meldeten uns gleich anderen Tages auf seinem Büro und wurden durch dicke Polstertüren in das Allerheiligste geführt, wo Herr Neureich hinter einem riesigen Mahagonischreibtisch mit Goldornamenten saß. Er bat uns, Platz zu nehmen, und bot meinem Mann eine dicke Zigarre und mir eine parfümierte Zigarette an. Wir machten es uns in den tiefen Klubsesseln bequem und lauschten hingegeben den großzügigen Ausführungen dieses Gewaltigen über das moderne Geschäftsleben und den sichersten Weg zum Erfolg. Wir waren willens, o so sehr willens, ihn zu beschreiten, fortan weder links noch rechts zu sehen (wenigstens so lange wir es so nötig hatten); nicht mehr die Arbeit allein um der Arbeit willen zu tun, sondern nun wirklich, ausgiebig und ausschließlich, dem Götzen Mammon zu dienen. In unsern sichern Klubsesseln sitzend, den energischen Gedankengängen Herrn Neureichs folgend, begannen wir langsam schon froher Zuversicht zu werden, der wachsenden Hoffnung unsere Herzen erschließend; daß es auch uns in Bälde gelingen müsse, das Geld von der Straße aufzuheben, wo es, nach Herrn Neureichs Versicherungen, jederzeit wartend lag. „Ein moderner Geschäftsmann muß Psychologe, ein großer Psychologe sein" — dieser Satz kehrte mehrmals wieder im Vortrag des Herrn Neureich; so daß sich schließlich mein Mann, der bis dahin völlig schweigsam an seiner Havanna gesogen hatte, aufraffte zu der Frage: ob sich Herr Neureich schon die Typenlehre Jungs zu eigen gemacht habe? Dieser sein Versuch, die Unterhaltung allgemein zu gestalten, scheiterte indessen kläglich. Wir schienen überhaupt Herrn Neureich zu enttäuschen und nicht die Leute zu sein, mit denen „sich etwas machen ließ". Denn nach Ablauf seiner einstündigen theoretischen Ausführungen entließ er uns ohne positiven Vorschlag. Immerhin war er so freundlich, uns zu versprechen, daß er uns im Auge behalten wolle. Auch lud er uns ein, ihn ungeniert aufzusuchen, falls wir etwa zufällig auf unserer Wanderschaft von einem guten Geschäft vernehmen sollten. Es sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß er sich dann beteiligen würde, lasse er doch sein Geld an vielen Orten arbeiten.

Nun fehlte also bloß noch das Auto — weniger zwar des Reliefs wegen, als mit Rücksicht auf die Waage und die schweren Wäschekoffer. Diese beiden Artikel machten es unumgänglich. So verkauften wir denn die halbe Bibliothek, während die andere Hälfte in die Pfandleihe wanderte, mitsamt den wenigen Möbeln, über die wir frei verfügten. Das reichte zur Anzahlung; ja, es verblieb uns sogar darüber hinaus noch ein Rest. Doch war das Auto erst erhältlich in einer Woche, so daß wir bis dahin die großen Artikel noch mußten liegen lassen.

Am ersten Reisetag ging jedes von uns für sich allein auf Kundschaft. Wir machten uns um neun Uhr morgens auf den Weg. Ich hatte mir eine stille, kleinbürgerliche Straße mit großen Miethäusern ausgesucht. Aber als ich in die Straße einbog, da wollten mir all die Häuser wie feindselige, uneinnehmbare Festungen erscheinen. Fast wäre ich wieder umgekehrt. Bloß weil ich mich nicht vor meinem Mann blamieren mochte, läutete ich schließlich in der obersten Etage von Nr. 1.

(Fortsetzung folgt.)

der Dauer des Einspruchsverfahrens gezahlte Unterstützung zurückzufordern.

Auch Ausgesteuerte sollen weiter stempeln gehen

Es gibt bereits eine große Zahl Erwerbsloser, die vom Arbeitsamt wegen Erschöpfung ihres Anspruches auf Erwerbslosenunterstützung ausgesteuert wurden und von keiner Seite mehr, auch nicht vom Wohlfahrtsamt — vielleicht weil sie mehrere verdienende Familienangehörige haben — Unterstützung erhalten. Viele solcher Erwerbslosen sind der Meinung, daß es doch nun keinen Zweck mehr habe, zur Kontrolle ins Arbeitsamt stempeln zu gehen. Nun besteht zwar für diese Ausgesteuerten keine Kontrollpflicht mehr; immerhin ist in ihrem Interesse dringend zu empfehlen, öfter an der Kontrolle, und sei es auch nur einmal pro Woche, teilzunehmen. Die ordnungsmäßig gestempelte Kontrollkarte ist ja der einzige Ausweis, den der Erwerbslose über die Zeit seiner Arbeitslosigkeit besitzt, und es wird mancher Arbeitslose bitter empfinden, wenn er einmal einen Antrag auf Lohnsteuer-Rückerstattung stellt, daß er wochen- und monatelang seine Kontrollkarte nicht hat abstempeln lassen. Das Arbeitsamt kann ihm ja nichts bescheinigen, wenn er sich nicht gemeldet hat, und das Finanzamt wird sich auf persönliche Erklärungen des Antragstellers nicht einlassen.

Außerdem — und das ist wohl wichtiger — steht der Ausgesteuerte nach wie vor im Genuß der Vermittlungstätigkeit, ist also mit seiner Aussteuerung nicht aus der Vermittlungskartei ausgeschieden worden. Im Gegenteil bleibt er — immer regelmäßige Teilnahme an der Kontrolle vorausgesetzt — in der Reihenfolge der Vermittlung. Es kommt vor, daß Leute gesucht werden, die aber nicht mehr zur Kontrolle erscheinen, und so also auch nicht vermittelt werden können. Niemand lasse sich darum von der augenblicklichen Stagnation im Wirtschaftsleben abhalten, sich beim Arbeitsamt zu melden, auch wenn er keinerlei Unterstützung mehr empfängt.

Bei in Aussicht stehendem Vollverdienst melde man sich ab

Ein Arbeitsloser hatte öfter Nebenarbeit gemacht und dabei so viel verdient, daß er in verschiedenen Wochen keine Erwerbslosenunterstützung erhielt, weil er laut Lohnbescheinigungen, die er am Zahltage im Arbeitsamt vorzeigte, den Verdiensthöchstsatz überschritten hatte. Jener Erwerbslose wunderte sich nun nicht wenig, als er auf seinem Zahlbogen den Vermerk „Ausgesteuert" entdeckte, obwohl er nach seiner Berechnung mindestens noch vier Wochen gut hatte, ehe seine 26wöchige Unterstützungsfrist ablief. Dieser Berechnung lag der Irrtum zugrunde, daß die Wochen, in denen er wegen größeren Nebenverdienstes keine Unterstützung erhielt, ihm gutgeschrieben werden. In Wirklichkeit werden auch die Wochen, in denen wegen Vollverdienstes Unterstützung nicht gezahlt wurde, auf die Gesamtunterstützungszeit angerechnet. Es empfiehlt sich also, daß Arbeitslose, die mit höherem Nebenverdienst zu rechnen haben, sich für die betreffende Zeit, und sei es auch nur eine Woche, beim Arbeitsamt abmelden. Die paar Wege lohnen sich schon mit Rücksicht auf die geschilderten Nachteile, und zudem wird erst nach einer sechswöchigen Beschäftigungszeit neue Wartezeit festgesetzt. Bei geringerer Zeit erfolgt also schon vom ersten Tage der Neumeldung an wieder Unterstützungszahlung.

G. N.

Wo bleibt die „Faulenzerprämie"?

Mal hergehört, ihr Mittelständler!

Nazis, Landbund und Wirtschaftspartei, Deutschnationale und Christlichnationale, die Unternehmerverbände, vom Reichsverband der deutschen Industrie bis zum Hansabund: sie alle hetzen offen oder versteckt gegen

die „Sozialversicherungspest".

In ihrer Presse wird es häufig so dargestellt, als ob der Arbeitslose mit seiner Unterstützung zwischen Kneipe und Sparkasse hin- und herschwanke und sich im übrigen möglichst lange vor ordentlicher Arbeit drücke. Dort wird immer nur darauf hingewiesen, welche Summen an die Arbeitslosen als Unterstützung ausgezahlt werden.

Absichtlich verschweigt man, daß diese Unterstützungen nicht nur Ausgaben darstellen, sondern, volkswirtschaftlich gesehen, eine äußerst wichtige Einnahme für die gewerblichen Berufsschichten bilden.

In der Vorkriegszeit gab es keine gesetzliche Arbeitslosenversicherung. Nur eine Anzahl Arbeitergewerkschaften konnte ihren Mitgliedern in Krisenzeiten durch beschränkte Arbeitslosenunterstützung helfen. Die arbeitslosen Arbeiter und Angestellten waren in der Vorkriegszeit auf das Erbarmen des Kolonialwarenhändlers, des Bäckers und des Schlächters angewiesen, damit sie ihnen auf Borg die notwendigen Lebensmittel lieferten.

Wie ist es demgegenüber heute?

Die Ausgaben aus der Sozialversicherung und aus der sozialen Fürsorge fließen fast restlos wieder dem Einzelhandel, dem Ernährungsgewerbe und den Vermietern der Wohnungen zu. Betrachten wir das einmal des näheren an dem Beispiel der Arbeitslosenversicherung.

Von 1924 bis 1929 hat die Arbeitslosenversicherung an die Arbeitslosen rund 7,2 Milliarden Mark an Unterstützungen ausgezahlt.

Wohin sind diese 7,2 Milliarden Mark geflossen?

Wir können das an Hand der amtlichen Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen von Arbeitern und Angestellten ziemlich deutlich erkennen:

12 Prozent = 864 Millionen Mark wurden als Miete ausgegeben, sie flossen also dem Hauswirt zu;

70 Prozent = 5040 Millionen Mark wurden für Beköstigung ausgegeben; sie flossen dem Einzelhandel des Ernährungsgewerbes und der Landwirtschaft zu;

18 Prozent = 1296 Millionen Mark wurden für Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und sonstige Ausgaben (Fahrgeld usw.) verausgabt.

Aehnlich steht es um die Verwendung der Unterstützungen aus der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege, der Renten aus der Invalidenversicherung und dem Versorgungswesen sowie der Bezüge aus der Krankenversicherung.

Es gibt also gar nichts einfältigeres als das Geschimpfe auf die „Faulheitsprämie", die der Arbeitslose in Gestalt der Erwerbslosenunterstützung erhalte. Der — Arbeitslose? Unser unanfechtbares Beispiel zeigt, daß dem Arbeitslosen persönlich verteufelt wenig von dem verbleibt, was er erhält. Es langt vielfach nicht zu dem bescheidensten Kulturdasein.

WAS UNS ARBEITSLOSE SCHREIBEN

Wohin — wenn Auskunft nötig?

Auf dem Arbeitsnachweis hörte ich ganz zufällig von einer „Vereinigung für Erwerbslosenhilfe", die ihren Sitz in Berlin, P — straße, hat.

Weil ich schon über ein Jahr arbeitslos bin und verschiedene Differenzen mit meiner Unterstützungsstelle wegen meines Verzuges aus Südost nach Neukölln hatte, faßte ich den Entschluß, einmal diese Stelle zu besuchen und mich beraten zu lassen. Ich fuhr hin. Der Vorsitzende wohnt gegenüber dem Restaurant, in dem die „Sitzungen" stattfinden. Die Frau öffnete und teilte mir mit, daß ich gegen 1 Uhr nochmals wiederkommen solle, jetzt sei ihr Mann nicht da, doch um 1 Uhr hätten die Vorstandsmitglieder eine außerordentliche Besprechung drüben in der Kneipe.

Ich ging zum Lokal und befragte mich dort. Die Wirtin gab mir bereitwilligst Bescheid, und so erfuhr ich folgendes:

Diese Vereinigung besteht aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer, dem Kassierer und einer Frau. Sonst ist täglich wenigstens einer von diesen Leuten hier, und sie wunderte sich, daß heute, es war um 11 Uhr, keiner anwesend war. Die Organisation ist unparteiisch. Wie weit dies aber zutrifft, weiß sie nicht, und auch ein anderer anwesender Arbeitsloser bestätigte mir den berechtigten Zweifel der Unparteilichkeit.

Die „Sitzungen" verlaufen in der Regel recht ruhig und werden beim Skatspiel gemacht. Auch die Frau ist dabei nicht untätig und soll eine mehr als zweifelhafte Rolle in diesem Kreis von Erwerbslosen„helfern" spielen.

Ich war neugierig, zu erfahren, wie diese Organisation sich finanziell trägt. Mir wurde zur Antwort, daß der Vorsitzende den Arbeitnehmer in Klagefällen vor dem Arbeitsgericht vertritt und daß, wenn ein Prozeß durchgebracht worden ist, 10 Prozent des Geldes, das der Kläger ausbezahlt bekommt, an die Vereinigung für Erwerbslosenhilfe abzugeben sind.

Andere Auskünfte würden kostenlos erteilt. Im allgemeinen lassen aber die Hilfsbedürftigen recht auf sich warten, und so kommt es, daß die Vereinigung recht wenig zu tun hat.

Ich wartete noch eine ganze Zeit. Da ich aber zurück mußte, meinen Stempel für den betreffenden Tag unter unzählige andere drücken zu lassen, konnte ich leider keines der Vorstandsmitglieder sprechen. Und nochmals 50 Pf. für Fahrgeld auszugeben, erschien mir die Sache nicht wert.

Ich ging mit meiner Beschwerde zum Rechtsbüro der Sozialdemokratischen Partei, welches sich zunächst mit dem Verband in Verbindung setzte, und so wurde diese Angelegenheit in wenigen Stunden ohne Kostenaufwand erledigt.

Und euch allen möchte ich raten: Habt ihr einmal irgendwelche Differenzen auf eurer Unterstützungsstelle oder sonstwo, meidet diese Kleinkrämerei von Erwerbslosenhelfern. Cost tet es Geld und Zeit, die auch der Erwerbslose nie übrig hat. Geht mit eurer Sache vertrauensvoll zu eurer Gewerkschaft oder zur Partei. Dort bekommt ihr Auskünfte, mit denen ihr etwas anfangen könnt, und ihr findet dort sachkundige Genossen, die euch bereitwilligst helfen.

H. F.

Erwerbslosen-Tribüne

Informations ORGAN für Erwerbslose

Herunter mit der Arbeitszeit!

Die Not von Millionen heischt entschiedene Maßnahmen

Die Millionenarmee der Erwerbslosen wächst Tag für Tag an. Die Zahl der Opfer dieser Krise des kapitalistischen Systems vergrößert sich weiter um ungezählte Scharen Ausgesteuerter. Der Mangel an den einfachsten Mitteln, die zur Fristung des Lebens notwendig sind, wird immer fühlbarer. Unter ihm leiden nicht nur die Erwerbslosen, sondern auch ihre Frauen und ihre Kinder. Die körperliche und seelische Not macht sich Tag für Tag im Volkskörper mehr bemerkbar. Die dumpfe Verzweiflung derjenigen, die zum Teil schon seit Jahren ausgestoßen sind aus der Reihe der Werte schaffenden Menschen, empfindet alle bisherigen Versuche zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die so beschämend erfolglos geblieben sind, als eine Verhöhnung ihrer Not. Sie fordern immer stürmischer wirksame Hilfe. Während die Vertreter der Kapitalsinteressen zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit wahre Doktor-Eisenbart-Kuren vorschlagen, wie z. B. die Herabsetzung der Löhne und die Arbeitsdienstpflicht, die jetzt auch von den Diktatoren in Sowjet-Rußland in die Wege geleitet wird, haben die Vertreter des Proletariats, die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften, den einzig möglichen Weg aufgezeigt:

Verkürzung der Arbeitszeit!

Abgesehen von der Wirkung der gegenwärtigen Krise auf den Arbeitsmarkt, sind durch die fortschreitende Mechanisierung der Produktionseinrichtungen in den letzten Jahren hunderttausende Arbeiter freigesetzt worden.

Im Zusammenhang mit der sogenannten Rationalisierung, durch die Einführung neuer arbeitsparender Maschinen und Arbeitsmethoden, hat sich die tatsächliche Arbeitsleistung des einzelnen Menschen sehr stark gehoben.

Die Durchführung der Rationalisierung hat die deutsche Wirtschaft in ihren Anlagen und technischen Möglichkeiten so stark gefördert, daß sie, unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, wohl die leistungsfähigste der Welt ist. Die deutsche Arbeiterschaft hat in ihrer Gesamtheit an dieser Entwicklung großen Anteil. Erst ihre Arbeitsdisziplin, ihre Leistungsfähigkeit und ihr Wille, an der Ueberwindung der wirtschaftlichen Schädigungen des Krieges mitzuwirken, haben die Produktionssteigerung und die Selbstkostensenkung ermöglicht. Jetzt, wo es klar erkennbar wird, daß es sich bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht so sehr um eine vorübergehende Krise, sondern um eine

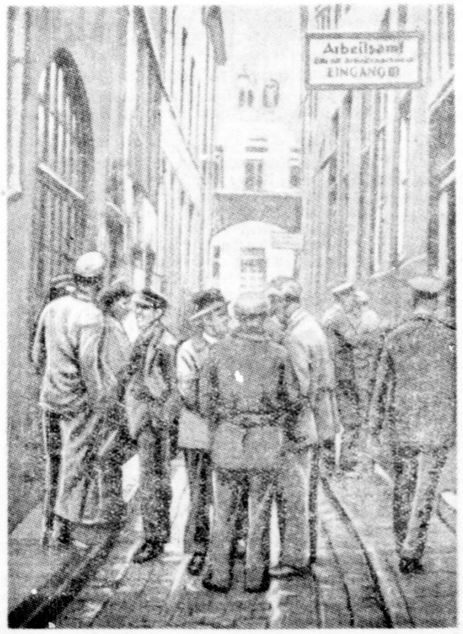
Krise des modernen kapitalistischen Systems

überhaupt handelt, ist es besonders notwendig, der Arbeiterschaft ihren Anteil an der so stark gestiegenen Produktivität der menschlichen Arbeitskraft zu sichern, den Anteil, der in dieser Zeit stärkster Arbeitslosigkeit an erster Stelle in der Senkung der Arbeitszeit bestehen muß. Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung der Freizeit in dem Ausmaß, in dem es vom Standpunkt der Gesamtheit aus technisch möglich ist, war von jeher die Forderung der organisierten klassenbewußten Arbeiterschaft. Sie hat diese Forderungen nicht gestellt, um den Arbeitern ein faules Leben zu ermöglichen, wie das diejenigen immer behauptet haben, die selber möglichst wenig arbeiten wollen, die ihre Arbeiter aber gerne, wie früher, 12, 14 und noch mehr Stunden schuften lassen möchten.

Die Sozialdemokratie kämpft um mehr Freizeit, weil sie der breiten Masse des Volkes mehr Anteil an den Gütern der Kultur und an den modernen Errungenschaften der Technik sichern will, der Arbeiter mehr Zeit gewinnen soll für seine Erholung und Weiterbildung.

Diese alte Forderung nach mehr Freizeit hat dazu geführt, daß aus dem unbegrenzten Arbeitstag, der noch vor gar nicht langer Zeit 12, 14 Stunden und mehr dauerte, zunächst ein Zehnstundentag wurde. Mit der gleichen Forderung hat die Arbeiterschaft viele Jahre hindurch um den Achtstundentag gekämpft. Noch heute ist dieser nicht restlos durchgeführt.

Angesichts der ungeheuren Arbeitslosenzahl und des Elends,



Sie diskutieren mürrisch über ihre Lage. Arbeit!! Das ist ihr Sehnen.

das dadurch über große Teile des Volkes hereingebrochen ist, ist die Forderung nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit heute besonders dringend.

Die Berliner Metallarbeiter haben vor einigen Tagen dem Verband Berliner Metallindustrieller den Vorschlag gemacht, in den Berliner Betrieben

die Arbeitszeit zu verkürzen, damit mehr Arbeiter Beschäftigung finden

können. Die Unternehmer haben die Verhandlungen über diesen Punkt zunächst hinausgezögert, und schließlich haben sie den Vorschlag rundweg abgelehnt. Und doch war damit ein wirklich gangbarer Weg zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit gezeigt worden.

Wenn es gelungen wäre, für nur 100 000 Berliner Metallarbeiter die Arbeitszeit auf nur 40 Stunden herabzusetzen, könnten von den zurzeit arbeitslosen 64 000 Berliner Metallarbeitern rund 20 000 in die Betriebe hineingenommen werden.

Was diese Entlastung des Arbeitsmarktes in jeder Beziehung bedeuten würde, ist leicht zu verstehen.

Die Unternehmer haben den Vorschlag abgelehnt, weil das Elend der industriellen Reservearmee sie nicht nur nicht bedrückt, sondern obendrein ihren Lohnabbaubestrebungen Vorschub leistet. Sie sehen in der ungeheuren Zahl der meist nicht organisierten Erwerbslosen eine willkommene Bedrohung der noch in Arbeit Stehenden. Infolge der Arbeitslosigkeit marschiert das Proletariat in geschwächten und zersplitterten Kolonnen.

Der Kampf um den Arbeitsplatz schwächt die Abwehrkraft des Proletariats gegenüber den Unternehmern, die damit rechnen, daß die Arbeiterklasse angesichts des Elends der Erwerbslosen ein großes Risiko eingeht, wenn sie dennoch zur Abwehr eines Lohnraubes durch Streik und andere Maßnahmen schreitet.

In einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", einem ausgesprochenen Unternehmerblatt, setzte ein anonymer Verfasser mit vielen Worten auseinander, warum eine Verkürzung der Arbeitszeit „unmöglich" sei. Neben den üblichen Klagen über die schlechte Lage der deutschen Unternehmer macht er gegen die Arbeitszeitverkürzung geltend, „daß der einzelne Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit den durchschnittlichen Stundeneffekt seiner Arbeit, sofern sie nicht lediglich von der Maschine bestimmt wird, erhöht", daß durch diese mit der Arbeitszeitverkürzung verbundene Leistungssteigerung aber wieder neue Arbeitskräfte eingespart werden könnten. Man wird sich dieses Eingeständnis der Leistungssteigerung merken müssen, wenn es hier auch nur beweist, mit welchen unhaltbaren Gründen die Unternehmer gegen die berechtigste Forderung unserer Arbeiterschaft opponieren.

In einer bürgerlichen Zeitschrift wurde berechnet, daß die im laufenden Jahre für alle Zweige der Arbeitslosenfürsorge aufgewendeten Mittel einen Betrag von drei bis vier Milliarden ausmachen werden. Das ist sehr stark übertrieben. Aber selbst wenn es den Tatsachen entspräche, so beweist es um so mehr, wie dringend notwendig ganz

entschiedene Maßnahmen

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind. Wenn die deutsche Arbeiterschaft einig wäre und wenn nicht diejenigen „Arbeitervertreter" im Reichstag, die sich Nationalsozialisten nennen, mit dem Gelde von Unternehmern in den Reichstag gewählt worden wären, dann stünde es erheblich besser um die Erwerbslosen.

Die wachsende Not zwingt zum Handeln gegenüber dem Kapital. Aber von diesem entschiedenen Handeln, das dem kapitalistischen System zu Leibe geht, wollen die Nazis nichts wissen. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften hingegen haben seit mehr als 60 Jahren den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Ausbeutung geführt. Mit Erfolg! Sie führen den Kampf auch heute. Es gilt, alle Kräfte des schaffenden Volkes zusammenzufassen unter ihrer Fahne.

Die Lage ist zu ernst, um noch Zeit mit Redensarten und leeren Versprechungen verlieren zu können. Die Arbeiterschaft muß ihren Klassengegnern zeigen, daß sie bereit ist, um ihr Lebensrecht zu kämpfen. Solidarisch müssen die Massen in den Betrieben und die auf den Arbeitsnachweisen zusammenstehen und jedem, der die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Einheitsfront stört, die kalte Schulter zeigen.

Die Forderung: weitere Verkürzung der Arbeitszeit leitet einen neuen Abschnitt des sozialen Befreiungskampfes des Proletariats ein. Dieser Kampf dient der gesamten Arbeiterschaft, die deshalb wie ein Mann zusammenstehen muß.

Verachtung gebührt den Handlangern des Kapitals, die die Abwehrfront der Arbeiterschaft zersplittern!

Mögen die Zersplitterer und Unterminierer im kommunistischen oder nationalsozialistischen Lager stehen.

Wir Arbeitslose...

Wir stehn vor Schalterfenstern still und warten,
in langer Reihe angestellt.
Man stempelt uns die hingereichten Karten
und gibt uns einmal wöchentlich auch Geld.
Wir laufen ziellos durch die Straßen —
die große Stadt ist kalter Stein,
gefühllos und bedrückend gleichermaßen.
Wir grübeln tief in uns hinein. —
Die Dinge um uns sind so abgeschlossen
und alles ist so leer und weit.
Wir gehn herum, ratlos, verdrossen,
sind Flugsand dieser leeren Zeit — —
Und wieder stehen wir am Schalterbrett warten,
in langer Reihe angestellt.
Man stempelt, stempelt, stempelt unsre Karten,
Uns quält die falsche Ordnung dieser Welt!

Walter Dehmel.

Rußland auf dem Wege zum Arbeitspflichtsystem

Die Regelung des russischen Arbeitsmarktes wird durch die sich nach und nach vollziehende grundsätzliche Umstellung der staatlichen Arbeitsmarktpolitik immer nachhaltiger in der Richtung der Umstellung auf das Arbeitspflichtsystem beeinflußt. Unter diesem Gesichtspunkt verdient besondere Aufmerksamkeit die vom Volkskommissariat für Arbeit der RSFSR. (Sowjetrepublik Inneres Rußland) soeben erlassene

Rundverfügung an die Arbeitsnachweise.

Wir geben ihren Inhalt nach einer Meldung der „Krasnaja Gaseta" vom 28. September wieder:

„Das Arbeitskommissariat der RSFSR. hat die Arbeitsnachweise aufgefordert, sofort an die Ueberprüfung der Zusammensetzung der Erwerbslosen heranzugehen, um die wirkliche Zahl der Personen festzustellen, die aktiv Verwendung für ihre Arbeitskraft suchen... Es müssen alle Arbeitslosen, die bei den Arbeitsnachweisen seit mehr als einem halben Jahr registriert werden und denen in dieser Zeit keine Arbeit zugewiesen worden ist, persönlich vorgeladen werden, damit der Grad der möglichen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft für die nächste Zeit festgestellt werden kann...

Erwerbslose in den Berufen, in denen eine Knappheit an Arbeitskräften nicht besteht, und insbesondere diejenigen von ihnen, die seit längerer Zeit als erwerbslos geführt werden, müssen sofort Arbeit zugewiesen bekommen, und sei es auch (vorübergehend) in einem anderen Berufe, zugleich müssen sie besonders registriert werden,

damit sie bei der ersten sich bietenden Gelegenheit entsprechend ihrer Berufseignung beschäftigt werden können.

Das Arbeitskommissariat fordert die Arbeitsnachweise auf, mit den Wirtschaftsorganen Abmachungen zu treffen über die

Bindung der Erwerbslosen jener Berufe, in denen kein Mangel an Arbeitskräften herrscht, an bestimmte Betriebe, bei denen sie eine Arbeiterreserve zur Leistung der allfälligen Dienste im Betriebe bilden sollen...

Auch die Abschiebung der Arbeitslosen in andere Orte und Bezirke ist, namentlich in bezug auf Erwerbslose der überfüllten Berufe, in höherem Maße anzuwenden."

Auf den ersten Blick mag vielleicht der Eindruck entstehen, daß der Runderlaß der Arbeitsbehörde der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit dienen soll. Das aber ist nur Schein! Das Wesentliche an der neuen Verfügung ist die Betonung der

Pflicht des Erwerbslosen, die ihm zugewiesene Arbeit auch außerhalb seines Berufes und seines Wohnortes anzunehmen,

und die Fesselung der Erwerbslosen als „Reservearbeiter" an bestimmte Betriebe, in denen sie sich gleichsam in Arbeitsbereitschaft zu befinden haben, ohne Anspruch auf Entlohnung, solange sie nicht effektiv zur Arbeitsleistung herangezogen werden.

In der gleichen Nummer der Zeitung wird über einen gemeinsamen Runderlaß des Volkskommissariats für Arbeit der Sowjetunion, des Obersten Volkswirtschaftsrates und des Zentralrates der Gewerkschaften berichtet, in dem die

Führung der „Arbeitsbücher",

die sich als eine Art Arbeitspässe immer mehr einbürgern, geregelt wird. Es handelt sich diesmal um die obligatorische Eintragung der Entlassungs- bzw. Kündigungsgründe in die Lohnbücher der Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle — sei es freiwillig, sei es durch Entlassung — verlieren:

„Die Entlassungsgründe (freiwillige Aufgabe der Arbeitsstelle, Entlassung wegen Arbeitsmangels, wegen ungenügender Leistung, wegen Arbeitsschwänzens usw.) sind obligatorisch in die Arbeitsbücher der Entlassenen einzutragen. **Den Arbeitsnachweisen wird untersagt, früher in Lohnarbeit beschäftigte Erwerbslose zu registrieren, ohne Auskunft über die Gründe einzuziehen, aus denen der Erwerbslose seine letzte Arbeitsstelle verlassen hat.**

Personen, die ihre Arbeitsstellen freiwillig verlassen haben oder wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin oder der Betriebsordnung entlassen worden sind, müssen von den Arbeitsnachweisen gesondert registriert werden, ihrer **Arbeitslosenunterstützung für verlustig erklärt werden und erst in letzter Linie Arbeit zugewiesen erhalten.** Die Betriebe, in denen diesen Erwerbslosen Arbeit zugewiesen wird, sind über die wirklichen Gründe der Entlassung des Betreffenden von seiner letzten Arbeitsstelle zu unterrichten.

Was böswillige Arbeitsschwänzer, Flieger und habgierige betrifft, so können ihnen gegenüber auf Beschluß der lokalen Arbeitsnachweisausschüsse schärfere Maßnahmen in Anwendung gebracht werden, einschließlich der Streichung aus den Listen der Erwerbslosen, der Einziehung des Arbeitsbuches usw."

Das System des Arbeitsvertrages zerbröckelt in der Sowjetunion immer mehr, an die Stelle der vertragsmäßigen Arbeitsleistung tritt der staatlich geheiligte Arbeitszwang.

„Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind!"

Arbeitslosenhilfe wird im Sowjet-„Paradies" abgeschafft!

Aus Moskau wurde am 11. Oktober 1930 amtlich gemeldet:

Starker Mangel an Arbeitskräften in einer Reihe von Zweigen der Volkswirtschaft veranlaßte das Arbeitskommissariat, die Versicherungskassen anzuweisen, allerorts die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung einzustellen. Der Sozialversicherungsetat wird Unterstützungen von Erwerbslosen nicht mehr vorsehen.

Die in der Sowjetunion zugelassenen amerikanischen Berichterstatter teilten dazu mit, daß dieser Beschluß wegen der Finanznot des Sowjetstaates erfolgte. Die örtlichen Behörden werden außerdem angewiesen, die auf den Arbeitsnachweisen gemeldeten Erwerbslosen sofort in den Produktionsprozeß einzureihen und sie dahin zu schicken, wo Mangel an Arbeitskräften besteht.

So sorgfältig der amtliche Moskauer Wortlaut des sensationellen Beschlusses, die Erwerbslosenunterstützung einzustellen, auch abgefaßt ist, so gibt er doch deutlich zu erkennen, daß es sich um

eine Maßnahme gegen die Erwerbslosen

handelt, entstanden aus der Finanznot der Sowjetunion.

Nur in einigen Industriezweigen ist Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden — die Erwerbslosenunterstützung wird aber allerorts abgeschafft. Auf diese Art will man die vorhandenen Arbeitslosen mit Gewalt in die Industriezweige wie das Donezgebiet hineintreiben, aus denen sie wegen der ungeheuerlichen Arbeitsbedingungen in Massen davonlaufen.

Ein „deutsches" Vorbild

Ein Nazi-Führer, der polnische Schnitter ins Land holt.

In der „Erwerbslosenaussprache" fordert der Nazi-„Angriff" vom 29. Mai 1930:

„Heraus mit den polnischen Schnittern."

Es soll der Eindruck erweckt werden, als sei die NSDAP. tatsächlich gegen die ostelbischen Großgrundbesitzer, die jährlich 150 000 bis 200 000 polnische Schnitter ins Land holen, trotz der furchtbaren Erwerbslosigkeit auch unter den Landarbeitern.

Die Wahrheit sieht anders aus: Zu den führenden Leuten im Nazi-Lager gehört auch der Rittergutsbesitzer von Corswandt in Cunzow bei Jamen in Pommern. Dieser Herr, der Gauleiter der Nazis ist und am 14. September sogar in den Reichstag gewählt wurde, ist anderer Meinung. Er beantragte für seinen Betrieb 13 polnische Schnitter und nimmt dadurch deutschen Arbeitern ihre Beschäftigung.

Man bedenke: Auf der einen Seite bekunden die Nazis glühenden Haß gegen alle Fremdstämmigen, auf der anderen Seite finden sie nichts dabei, wenn ihre prominenten Führer fremde Landarbeiter in ihren Betrieben arbeiten lassen und dadurch den eigenen Landsleuten das Brot wegnehmen.

Ein größeres Maß an Unehrlichkeit ist kaum denkbar. In einer Erklärung, die der Rittergutsbesitzer von Corswandt der Oeffentlichkeit übergibt, stellt er fest, daß er sehr bald „bankerott gehen würde", wenn er polnische Landarbeiter nicht beschäftigte.

Die polnischen Landarbeiter werden von diesem Nazi-Führer also lediglich ihrer Billigkeit wegen beschäftigt. Sie garantieren ihm größeren Profit, als er bei der Beschäftigung deutscher Arbeiter zu erwarten hat, denen er höheren Lohn als den Polen zahlen muß.

Das ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die Nationalsozialisten kein Recht haben, sich „Arbeiterpartei" zu nennen, noch dazu deutsche Arbeiterpartei.

Lohnklassen, Einheitslöhne und Unterstützungssätze der Arbeitslosenunterstützung

Lohnklasse	Wöchentliches Arbeitsentgelt	Einheitslohn	Hauptunterstützungsempfänger		Die Unterstützungssätze betragen für Hauptunterstützungsempfänger mit zuschlagsberechtigten Angehörigen									
						1		2		3		4		5
			%	wöchentlicher Betrag	%	wöchentlicher Betrag	%	wöchentlicher Betrag	%	wöchentlicher Betrag	%	wöchentlicher Betrag	%	wöchentlicher Betrag
		RM.		RM.		RM.		RM.		RM.		RM.		RM.
I	bis 10.—	8.—	75	6.—	80	6.40	80	6.40	80	6.40	80	6.40	80	6.40
II	mehr als 10.— bis 14.—	12.—	65	7.80	70	8.40	75	9.—	80	9.60	80	9.60	80	9.60
III	„ „ 14.— „ 18.—	16.—	55	8.80	60	9.60	65	10.40	70	11.20	75	12.—	75	12.—
IV	„ „ 18.— „ 24.—	21.—	47	9.87	52	10.92	57	11.97	62	13.02	67	14.07	72	15.12
V	„ „ 24.— „ 30.—	27.—	40	10.80	45	12.15	50	13.50	55	14.85	60	16.20	65	17.55
VI	„ „ 30.— „ 36.—	33.—	40	13.20	45	14.85	50	16.50	55	18.15	60	19.80	65	21.45
VII	„ „ 36.— „ 42.—	39.—	37,5	14.63	42,5	16.58	47,5	18.53	52,5	20.48	57,5	22.43	62,5	24.38
VIII	„ „ 42.— „ 48.—	45.—	35	15.75	40	18.—	45	20.25	50	22.50	55	24.75	60	27.—
IX	„ „ 48.— „ 54.—	51.—	35	17.85	40	20.40	45	22.95	50	25.50	55	28.05	60	30.60
X	„ „ 54.— „ 60.—	57.—	35	19.95	40	22.80	45	25.65	50	28.50	55	31.35	60	34.20
XI	mehr als 60.—	63.—	35	22.05	40	25.20	45	28.35	50	31.50	55	34.65	60	37.80

Winke für Erwerbslose

Während der Dauer eines Einspruchsverfahrens beantrage man Wohlfahrtsunterstützung

Einem Erwerbslosen war vom Arbeitsamt die Gewährung der Unterstützung abgelehnt worden. Der Arbeitslose hatte im Glauben an sein gutes Recht ein Einspruchsformular ausgefüllt und es dem Spruchausschuß zugesandt. Es dauerte indessen einige Wochen, ehe er die Einladung zu einer Sitzung des Spruchausschusses erhielt. Inzwischen hatte er mit seiner Familie sich mit Mühe durchs Leben geschlagen, Schulden gemacht usw., alles in der Erwartung, daß seinem Einspruch stattgegeben und eine Nachzahlung für die vergangenen Wochen erfolgen werde. Zu seiner Enttäuschung wurde ihm bei der Verhandlung vor dem Spruchausschuß eröffnet, daß er nach den gesetzlichen Bestimmungen tatsächlich keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung habe. Der Erwerbslose war somit gezwungen, bei seiner Gemeinde Wohlfahrtsunterstützung zu beantragen. Er erhielt aber diese nicht, wie er hoffte, vom Tage seiner Erwerbslosmeldung, sondern nur von dem Tage ab, an dem er bei der Gemeinde den Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung stellte. Man kann sich ausmalen, daß dem mit Schulden beladenen Mann eine schwere Zeit bevorstand, die er sich hätte erleichtern können, wenn er sofort, nachdem ihm das Arbeitsamt die Ablehnung seines Unterstützungsantrages mitgeteilt hatte, bei der Gemeinde wegen Wohlfahrtsunterstützung vorstellig geworden wäre. Natürlich wäre die Gemeinde, wenn der Spruchausschuß seinen Unterstützungsantrag nicht abgelehnt, sondern anerkannt hätte, berechtigt gewesen, die während

Wirtschaft und Gewerkschaft

Die Bergarbeiterverbände fordern die Siebenstundenschicht

Der Deutsche Bergarbeiterverband teilt mit:

Die Arbeitszeitfrage im Ruhrbergbau war in den letzten Jahren wiederholt ein wichtiger Gegenstand von Tarifverhandlungen. Die Verhandlungen, die am Montag in Essen über die Neugestaltung der Arbeitszeit im rheinisch-westfälischen Bergbau zwischen den Bergarbeitergewerkschaften und dem Zechenverband beginnen, haben jedoch eine außergewöhnliche Bedeutung, da im Hinblick auf den Ernst der wirtschaftlichen und politischen Situation und die bedrohliche Arbeitslosigkeit die Oeffentlichkeit dem Verlauf dieser Verhandlungen mit besonderem Interesse entgegensieht.

Eingeleitet wurde der Arbeitszeitkonflikt dadurch, daß die Bergarbeiterverbände das Mehrarbeitsabkommen im Ruhrbergbau kündigten. Falls diesem Verlangen der Gewerkschaften Rechnung getragen würde, käme ab 1. Dezember für die Untertagearbeiter die Siebenstundenschicht und für die Tagesarbeiter die Achtstundenschicht in Frage. Damit würde also wieder der Stand der Arbeitszeit herbeigeführt, wie er in den ersten Nachkriegsjahren im Ruhrgebiet zu verzeichnen war. Die Forderung der Bergarbeiterverbände nach Wiedereinführung der Siebenstundenschicht stützt sich vor allem auf arbeitsmarktpolitische Erwägungen. Noch zu Anfang dieser Woche haben z. B. die freien Gewerkschaften eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland gefordert, weil sie nur auf diese Weise eine Beseitigung der unheilvollen und bedrohlichen Arbeitslosigkeit für möglich halten. Im Ruhrbergbau ist diese Frage aber besonders brennend, da in den ersten 8 Monaten ds. Js. nicht weniger als 65 000 Bergarbeiter entlassen wurden. Durch die Einführung der Siebenstundenschicht könnte ein großer Teil dieser arbeitslosen Bergarbeiter wieder Brot und Beschäftigung finden. Die Bergwerksbesitzer werden, nach den bisherigen Pressemeldungen zu urteilen, die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit nicht anerkennen. Ihre ablehnende Haltung begründen sie bis jetzt damit, daß durch eine Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel einer Belegschaftsvermehrung bei gleichbleibendem Lohn eine Steigerung der Selbstkosten herbeigeführt wird. Diese Steigerung der Selbstkosten halten die Bergwerksbesitzer nicht für tragbar, während die Bergarbeiterverbände, gestützt auf einen Vergleich mit der Kostenrechnung des Schmalenbachgutachtens, schon bei den Lohnverhandlungen im September die gegenteilige Auffassung vertraten. Abgesehen von der umstrittenen Selbstkostenfrage bleibt daher zu beachten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für die Verbände in erster Linie ein sozial- und arbeitsmarktpolitisches Problem ist, das gelöst werden muß; denn selbst, wenn man den betriebswirtschaftlichen Argumenten der Unternehmer folgt und eine Senkung der Produktionskosten als Voraussetzung zu einem Preisabbau bejaht, dann wird davon die Arbeitslosenfrage im Bergbau nicht entscheidend berührt. Für den größten Teil des Kohlenabsatzes im Inland ist nämlich der Preisstand insofern belanglos, als der Kohlenverbrauch zwangsläufiger Art ist und nicht zum Luxuskonsum gehört, den man nach Belieben bejahen oder ablehnen kann.

Es bleibt demnach abzuwarten, welches Ergebnis die Verhandlungen in diesem Tarifkonflikt bringen. Daß man bereits am Montag zu einem endgültigen Ergebnis kommen wird, dürfte nach den bisherigen Erfahrungen allerdings unwahrscheinlich sein.

Unternehmer und Arbeitszeit

Der Kapitalismus steckt in der Sackgasse. Er hat die Massenarbeitslosigkeit auf dem Gewissen. Dem weiterblickenden Teil des Unternehmertums ist deshalb etwas unheimlich zumute. Er sieht weiter als die kurzsichtigen Scharfmacher, die sich an der Vorstellung berauschen, in einem durch die Massennot schließlich herbeigeführten Aufruhr mit faschistischen Mitteln das alte Regime in Deutschland wieder aufrichten zu können. Die klügeren Elemente des Unternehmertums fühlen nur zu gut, daß die Arbeitslosenfrage für den Kapitalismus zur Schicksalsfrage werden muß, wenn nicht eine Linderung des Elends eintritt. Sie wissen, daß mit den ewigen Beteuerungen, der Kapitalismus sei besser als sein Ruf, heute kein Hund mehr hinter dem Ofen hervorgeholt werden kann. Sie wissen auch, daß die Versicherungen der Unternehmerpresse, das Kapital werde schon die Arbeitslosennot beheben, wenn man es nur in Ruhe lasse und nicht durch Gewerkschaftspolitik irritiere, heute in den breiten Massen kein rechtes Echo mehr finden. Kein Wunder daher, daß zur Zeit im Unternehmerlager bei der Debatte über die von den Volksmassen stürmisch geforderten Hilfsmaßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit eine auffallende Unsicherheit sich bemerkbar macht. Besonders deutlich zeigt sich das in der Frage der Arbeitszeitverkürzung.

Gesetzlicher Zwang und kollektive (tarifvertragliche) Bindung einer Arbeitszeitverkürzung werden vom Unternehmertum mit scharfen Worten zurückgewiesen. Der Spitzenverband der Arbeitgeberverbände macht scharf gegen eine „schematische oder generelle Verkürzung der Arbeitszeit" Front. Nur für Ausnahmefälle will er eine solche Verkürzung zulassen; er meint, sie sei lediglich betriebsindividuell nach Maßgabe der jeweiligen betriebs- und produktionstechnischen Bedingungen des einzelnen Betriebes diskutierbar. Die Arbeitszeitverkürzung müsse also dem einzelnen Betrieb überlassen werden. Interessanter als die offizielle Erklärung der Arbeitgeberverbände ist jedoch der Kommentar, den sie und ihre Presse zu ihrer grundsätzlichen Stellungnahme geben. Darin heißt es z. B. nach der „Kölnischen Zeitung": „Wir halten es für selbstverständlich, daß jeder Unternehmer sich gewissenhaft überlegt, ob sich eine Arbeitszeitverkürzung in seinem Betrieb und damit ein Verzicht auf weitere Entlassungen und vielleicht gar die Wiedereinstellung von arbeitslosen Kräften ohne erhebliche Mehrkosten ermöglichen läßt". Dieser Appell an das Gewissen der Unternehmer ist immerhin beachtenswert. Daß er durch allerhand Bedenken und Zweifel wieder abgeschwächt wird, nimmt weiter nicht Wunder; denn einstweilen haben wir es nur mit ersten Versuchen zu tun, die bittere Medizin der Arbeitszeitverkürzung dem einzelnen Arbeitgeber etwas schmackhaft zu machen. Es fällt dem deutschen Unternehmertum schrecklich schwer, zu begreifen, daß es mit der bisherigen nunmehr fast blödsinnig und stumpfsinnig gewordenen Methode, nur auf Kosten der Arbeiter die Wirtschaftskrise zu beheben, nicht weiter gehen kann. Aber es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als die bittere Medizin zu schlucken. All seine Hinweise auf die mit der Arbeitszeitverkürzung zweifellos verbundenen betriebstechnischen Schwierigkeiten, Betriebsunkosten und indirekten Mehrausgaben in sozialen Aufwendungen, in der Arbeitsaufsicht usw. überzeugen nicht. Die Herren Unternehmer müssen eben auch ihren Kopf etwas anstrengen, um die mit der Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß durch Verkürzung der Arbeitszeit entstehenden Kosten soweit wie möglich zu mildern. Rationalisieren nur auf Kosten der Arbeiter ist keine Kunst. Das Unternehmertum muß jetzt auch einmal zeigen, daß es auch im Interesse einer brennenden Frage, wie sie den Arbeitszeitverkürzung ist, rationell wirtschaften, Unkosten senken und — Opfer bringen kann.

Die Idee der Arbeitszeitverkürzung — nicht als Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit, wohl aber als sehr beachtenswerte Hilfsmaßnahme — ist in den Massen lebendig geworden. Sie ist nicht mehr umzubringen. Ueberall im Lande, bei den Arbeitern und bei den Arbeitgebern, wird sie erörtert. Auch der kleine Arbeitgeber in der Kleinstadt erkennt, daß etwas im Anzuge ist, daß die Arbeitszeitverkürzung in irgendeiner Form kommen muß, weil für die durch die Rationalisierung freigemachten Arbeitskräfte wieder Brot und Arbeit geschaffen werden müssen. Die klügeren Köpfe des Unternehmertums, des kleinen wie des großen, erkennen, daß der Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung etwas Unnatürliches und Ungesundes ist. Wenn die Unternehmer keinen gesetzlichen Zwang wollen, dann sollen sie selbst irgendeinen gangbaren Weg der Arbeitszeitverkürzung vorschlagen; denn sie betonen doch in der Presse, daß sie es für richtig halten, wenn von den Wirtschaftsverbänden und insbesondere von den auch in Einzelfragen sachverständigen Fachverbänden alle Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung zum Zweck der Arbeitsstreckung erwogen und den Mitgliedern zur Beherzigung empfohlen werden.

Daß die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeitverkürzung den Lohnausgleich fordern, versteht sich von selbst. Schließlich vertreten sie doch die Interessen der Arbeiter und nicht der Unternehmer. Damit haben aber die Gewerkschaften das Problem nicht unlösbar gemacht. Sie haben, wie die Entschließungen des ADGB. zeigen, Mittel und Wege gewiesen, die jedenfalls endlich einmal von der anderen Seite gewürdigt werden müssen. Die Unternehmer werden sich, ob sie wollen oder nicht, mit der Forderung der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit vertraut machen müssen. Nur nicht genieren!

Englands Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Für das Problem der Arbeitsbeschaffung stellte die Regierung auf dem Kongreß der Arbeiterpartei die Entlastung des städtischen Arbeitsmarktes durch Schaffung großzügiger Siedlungen in den Vordergrund. Sowohl der Ministerpräsident Macdonald sowie der Landwirtschaftsminister Addison legten auf diesen Punkt das entscheidende Gewicht. Letzterer entwickelte ein ausführliches Programm dafür: Von einem staatlichen Siedlungsamt sollen Siedlungsstellen angeschafft, die Siedler mit Saatgut und Geräten versorgt werden. Staatliche Mustergüter sollen den bisherigen Industriearbeitern Anleitung für die landwirtschaftliche Tätigkeit geben. Den Siedlern soll die Arbeitslosenunterstützung zunächst weitergezahlt werden. Ein neues Gesetz für die Gründung von Absatzorganisationen, zu dem der Beitritt der Landwirte auch erzwungen werden kann, soll die Zwischenhandelsgewinne einschränken, und den landwirtschaftlichen Absatz durch Lagerung, Sortierung und Vertrieb der Produkte fördern.

Neben der Förderung des Siedlungswesens wurde auf dem Kongreß das größte Gewicht auf die Ausdehnung und Beschleunigung der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand gelegt. Die vom Kongreß angenommene Resolution empfiehlt nebst Erweiterung der öffentlichen Arbeiten die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige, vor allem der Elektrizitätsindustrie. Die Vorschläge Mosleys für die Arbeitsbeschaffung gehen viel weiter und es ist bezeichnend für die Stimmung des Kongresses, daß sie gegenüber der vom Vorstand unterstützten Resolution nur mit einer geringen Stimmenzahl in der Minderheit blieben. (Die Resolution der Exekutive wurde mit 1 251 000 Stimmen angenommen, während der weitergehende Antrag Mosleys 1 046 000 Stimmen erhielt.) Mosley will den Arbeitsmarkt durch eine wesentliche Erhöhung des schulpflichtigen Alters und durch Pensionierung der über 60 Jahre alten Arbeiter entlasten und den Umkreis der öffentlichen Arbeiten erheblich erweitern. Dazu fordert er die Aufnahme einer Anleihe von 4 bis 5 Milliarden Mark, durch die 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Er verlangt die Errichtung eines nationalen Wirtschaftsdirektoriums, das die Arbeitskräfte selbst heranziehen und den Erlös der Anleihe selbständig verwenden soll. Anstelle der privaten Kapitalbildung soll die Förderung der Kapitalbildung bei der öffentlichen Hand treten. Diese und die andern Pläne Mosleys, z. B. für die Errichtung des staatlichen Einfuhrmonopols für Rohstoffe und Lebensmittel, bedeuten insofern neue Wege der Wirtschaftspolitik, als sie starke organisatorische Momente durch den Staat in die Wirtschaft hineinbringen wollen.

*

Die deutsche Arbeitslosigkeit unterscheidet sich durch verschiedene wichtige Momente von der englischen. Die Rationalisierung der Produktion wurde in Deutschland viel weiter getrieben als in England, die arbeitsparende Maschine verdrängte mehr Arbeitskräfte in Deutschland wie dort. Die Ausfuhr, so wichtig sie auch für Deutschland sein mag, hat hier nicht das Gewicht wie in England, zumal sie gerade infolge der Rationalisierungserfolge trotz der Krise der Weltwirtschaft viel widerstandsfähiger blieb. Wenn nun der englische Gewerkschaftskongreß in der Frage der Arbeitsbeschaffung zum Resultat gelangte, daß diese von der Belebung des inneren Marktes abhängt und für diesen Zweck vermehrte Tätigkeit des Staates zur Organisierung der Produktion und zur Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand forderte, um wieviel mehr muß diese Forderung für Deutschland zutreffen! Der verhängnisvolle Unterschied ist nur, daß in England eine Arbeiterregierung am Ruder ist, die, wenn sie auch als Minderheitsregierung keine freie Hand hat, so doch einen Teil der Forderungen, die auf dem Kongreß gestellt wurden, zu verwirklichen vermag, während in Deutschland die soziale Reaktion sich politische Machtpositionen sichern konnte und eine „Wirtschaftspolitik" treibt, die die Arbeitsbeschaffung, statt zu fördern, hintertreibt und versackt.

Emelka abgestoßen

Das Reich hat seinen Besitz an dem Filmkonzern Emelka endgültig abgestoßen. Der Erwerber ist der Münchener Kommerzienrat Krauß. Praktisch hat das Reich für die Emelka gar nichts bekommen. Es dürfte sich noch ein Verlust ergeben, der zwischen 3 bis 4 Millionen Mark liegt. Krauß selbst ist in erster Linie Geschäftsmann und kein Politiker. Hinsichtlich einer Kombination Emelka und der Hugenbergschen Ufa läßt sich wohl sagen, daß Krauß allem Anschein nach mit der Ufa paktieren wird, wenn er dabei verdienen kann und daß er es sein läßt, wenn sich eben keine Gewinnchancen bieten.

Es ist wohl angebracht, einen Rückblick auf die nicht ganz uninteressante Verkaufsgeschichte der Emelka zu werfen. Das Reich, das über die unglückselige Phoebusangelegenheit in die Emelkaaffäre hineinschlidderte, übernahm seinerzeit aus politischen Gründen das ausschlaggebende Emelkaaktienpaket. Dem Erwerb lag der Sinn zugrunde, die Monopolbestrebungen der Hugenbergschen Ufa zu durchkreuzen. Die Linie wurde unter Druck der bürgerlichen Parteien nicht eingehalten. Es kam so darauf an, den Emelkabesitz möglichst mit Nutzen für das Reich zu verwerten. Eine Möglichkeit bot dazu eine Gruppe, die durch den Berliner Rechtsanwalt Dr. Roth vertreten wurde. Der Vorschlag Roths ging dahin, daß ihm das Reich den Emelkabesitz pachtweise gegen eine von einer Großbank garantierten Dividende von 8 Prozent überließ. Aus dieser selten günstigen Offerte wurde nichts. Das Reichsfinanzministerium hat, vor allem unter Moldenhauer, die Verwirklichung dieses Planes verhindert. In diesem Zusammenhang soll der Reichsinnenminister Dr. Wirth die bestimmte Frage an seinen Kollegen Dr. Moldenhauer gerichtet haben, ob Aussicht vorhanden wäre, eine bessere Regelung zu erzielen. Das wurde bejaht und eine entsprechende Regelung binnen weniger Wochen versprochen. Hinterher — das Reichsinnenministerium hatte sich mittlerweile von der Emelkaangelegenheit zurückgezogen und sie ganz dem Reichsfinanzministerium überlassen — hörte man von verschiedenen Offerten, die sich geradezu glänzend anhörten. Untersuchte man sie aber näher, dann stellten sich diese glänzenden Angebote als Scheinangebote heraus. Es sind ohne Zweifel um jene Zeit geschäftige Vermittler tätig gewesen, die, wie man so sagt, die Emelka an die Hand bekommen wollten, um so eine recht erhebliche Provision bei der Vermittlung des Geschäfts herauszuschlagen. Schließlich hörte man davon, daß man die Emelka mir nichts dir nichts, ohne jede Gegenleistung, an den in der Filmindustrie bekannten Rechtsanwalt Arthur Wolff abzugeben im Begriff war. Die in der Presse einsetzende Kritik vereitelte das.

So kam es zum Verkauf an den obenerwähnten Kommerzienrat Krauß. Der Verkauf scheint auch dringend geworden zu sein. Die Emelka stand nämlich in den letzten Monaten am Rande des Bankrotts und lebte von Subventionen des Reiches, die wohl in die Hunderttausende gehen und in der Form gegeben wurden, daß das Reich die fälligen Zinszahlungen an die Commerz- und Privatbank leistete. Nominell hat Krauß für die Emelka dem Reich 4 Millionen bezahlt. Das Reich verzichtet aber dafür auf 3,5 Millionen Mark an Forderungen. Dazu kommen rund 500 000 Mark Zinszahlungen, die das Reich für die Emelka übernommen hatte. Dem Kaufpreis von 4 Millionen Mark steht also eine Verzichtleistung des Reiches auf rund 4 Millionen Mark gegenüber, d. h. Krauß hat die Emelka umsonst bekommen. Aus der ganzen Emelkaaffäre bleibt als bittere Pille ein Verlust des Reiches, der sich auf etwa 3,5 Millionen Mark schätzen läßt.

Neue Senkung der Zementpreise

Der Norddeutsche Zementverband hat für sein ganzes Syndikatsgebiet mit sofortiger Wirkung die Aufpreise für hochwertigen und sogenannten höherwertigen Zement um weitere 20 Prozent gesenkt.

Wenn Carmen küßt . . .

Das Ende einer Ehe – Nach dem Dessert: ein Flirt, ein Schuß! Der Mörder vor dem Schwurgericht – Staatsanwalt für Todesstrafe Ist der Liebende ein „giftiges Tier„?

Artur Puchois wurde vom Schwurgericht St. Omere zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. St. Omere ist auch der Schauplatz des Mordes aus verlorener Liebe, der den Angeklagten ins Unglück gestürzt hat.

Arthur Puchois, ein Mann in den Vierzigern, hatte eine angenehme Stellung als Kaufmann inne. Sie, die Ermordete, war Bardame, als Puchois sie kennen lernte. Ihr Name: Carmen, sie stammte aus Spanien. Dem großen Liebeserlebnis folgte die Heirat. Aber das eine stand mit dem anderen schon nicht mehr im engsten Zusammenhang. Denn gleich nach der Hochzeit suchte sich die schöne Carmen einen Freund, es folgten weitere. Carmen ließ die Hauswirtschaft verwahrlosen, kehrte Nächte lang nicht heim.

Am 8. März 1930 kam es zur Katastrophe. Die Ehegatten waren bei einer befreundeten Familie zum Mittagessen eingeladen. Beim Dessert knüpfte Carmen nach ihrer Gewohnheit mit einem der Gäste einen Flirt an. Arthur schrie: „Nun ist es genug!", eilte davon, lief in eine Waffenhandlung und kaufte sich dort das Instrument, mit dem man in Frankreich fast traditionsgemäß Ehekonflikte löst. Als die schöne Carmen am späteren Nachmittag nichtsahnend nach Hause kam, erwartete sie der Mörder hinter der Tür. Zwei Schüsse — und alles war vorüber, Carmen tot. Den Mörder aus verlorener Liebe führten die Gendarmen gefesselt ins Gefängnis.

Jetzt, vor dem Schwurgericht, erzählt Arthur Puchois mit bebender Stimme von dem, was er sein Martyrium nennt. Er weint, er schreit, er tobt, er agiert wie ein Volksredner mit den Händen . . .

„Warum ließen Sie sich nicht scheiden, wie es andere unglückliche Ehemänner tun?", fragte der Vorsitzende des Schwurgerichts. Puchois ist keinen Augenblick um die Antwort verlegen. „Weil ich sie liebte", schluchzte er in den Saal, „weil ich sie vergötterte, weil ich nicht von ihr lassen konnte . . ."

Auf dem Gerichtstisch liegt der Revolver, die Mordwaffe. Der Staatsanwalt schwingt sie drohend in der Luft, während er mit donnernder Stimme für die Todesstrafe plädiert. „Es gibt Schlangen und giftiges Getier", ruft er, „das man auf dem Wege zertritt. Es gibt Unkraut, das der sorgsame Gärtner mit der Harke aus dem Blumenbeete reißt. Dieser Mann, der hier vor Ihnen, meine Herren Geschworenen, steht, ist ein solches Unkraut, ist ein solches giftiges Tier. Er hat kein Recht auf sein Leben mehr. Helfen Sie dem Staat, sich von asozialen Elementen zu befreien. Ich verlange den Kopf des Angeklagten!"

Der Verteidiger steht auf. „Meine Herren Geschworenen," beginnt er, „dieser arme bedauernswerte Mensch, der dort vor Ihnen auf der Anklagebank kauert und sich in seelischen Schmerzen windet, ist das Opfer der Frau, die er in einem Augenblick heiratete, als er sich selbst vergaß. Sie, die jetzt unter der Erde liegt, ist die eigentliche Schuldige in diesem Drama. Sie betrog ihn, sie beschimpfte ihn, sie zog seinen ehrlichen Namen in den Staub, sie machte ihn zum Mörder . . ." Der Verteidiger spricht länger als eine Stunde und sucht nachzuweisen, daß sein Mandant die Tat im Affekt beging. Mit einem Appell an die Menschlichkeit beendet er sein Plädoyer.

Folgt eine Replik des Staatsanwalts. „Warum ging Puchois vor der Tat fort?" fragte er ruhig, „und kaufte sich einen Revolver? Ich sehe darin den Vorsatz zum Mord . . . Ich kann mir nicht helfen . . ."

Die Geschworenen entschlossen sich, den Tod der schönen Carmen mit 10 Jahren Zwangsarbeit büßen zu lassen. Mit 10 langen Jahren in Cayenne, in der Strafkolonie Guayana.

Er will ein Kapitalverbrecher sein!

„Verurteilen Sie mich, ich gebe zu, was Sie wollen"

Berlin, 17. Oktober. Ein junger, bleicher Mensch mit irren flackernden Augen, den linken Arm verbunden in einer Schlinge tragend, wird in den Gerichtssaal geführt. „Ich bin zu aufgeregt, ich lehne den Termin ab. Was will man eigentlich von mir? Ich gehe nach Hause." Mit diesen Worten begrüßt der 24jährige Tischler Rudolf Zipper die Schöffen und Richter beim Amtsgericht Berlin-Mitte. Der Angeklagte ist erheblich vorbestraft, hat schon im Alter von 14 Jahren wegen einer Unterschlagung zwei Monate Gefängnis erhalten, seine letzte Straftat, ein Raub, wurde mit 4 Jahren Gefängnis bewertet.

Was ihn heute vor Gericht bringt, ist sehr merkwürdig. Ohne Aufforderung hat er nämlich Geständnisse abgelegt und sich dabei beschuldigt, sieben Diebstähle, vier Raubüberfälle und mehrere andere Eigentumsdelikte begangen zu haben. Im ganzen sind es 15 Straftaten, die er zugegeben hat, ohne daß diese Taten aufgeklärt wurden, ohne daß überhaupt eine Kenntnis dieser Verbrechen der Polizei und dem Gericht vorliegt.

Er erzählte bei der Polizei und beim Untersuchungsrichter, daß er einem Schlafenden in einer Anlage die Brieftasche gestohlen habe, daß er einem Monteur, von dem er wußte, er habe erst einen größeren Geldbetrag erhalten, zur Nachtzeit aus dessen Zimmer den Betrag entwendete, daß er einer Frau, die in einem diskreten Ort bedient, ihre Ersparnisse raubte, daß er mehrere Raubüberfälle in Berlin verübte u. a. mit einem Mädchen, das sich von einem Mann ansprechen ließ, dann um Hilfe rief und den Angeklagten veranlaßte, ihr beizustehen. Selbstverständlich war die ganze Sache Komödie und nur der Anlaß, den Mann zu überfallen und zu berauben.

Heute erklärt der Angeklagte von nichts mehr zu wissen und zieht seine Geständnisse zurück. „Der Staatsanwalt hat mich mit Zigaretten bestochen, damit ich gestehe. Fragen Sie mich nicht weiter. Ich will trotzdem alles zugeben. Wenn ich es angegeben habe, wird es schon stimmen. Verurteilen Sie mich, ich komme sowieso nicht mehr aus dem Gefängnis. Ich bin ein verlorener Mensch. Wenn mir mein Vater, der im Sterben liegt, nicht leid täte, würde ich Sie bitten, mich lieber ins Zuchthaus als ins Gefängnis zu schicken."

Vorsitzender: „Das geht nicht so. Wir müssen die einzelnen Fälle vornehmen."

Nunmehr antwortet der Angeklagte auf alle Vorhalte des Vorsitzenden mit einem stereotypen „ja".

Vorsitzender: „Mit dem „ja" und „ich gebe zu" ist mir nicht gedient. Erzählen Sie doch, wie sich die Fälle abgespielt haben?"

Angeklagter: „Ich weiß es nicht."

Vorsitzender: „Sie haben ja selbst alles angegeben, man ist Ihnen nicht auf die Spur gekommen, ja, man wußte von den Taten überhaupt nichts."

Angeklagter: „Sie können mich ja zum Tode verurteilen. Ich sterbe ja sowieso einmal. Hier schwöre ich, daß ich eher sterbe, als meine Strafe abzubüßen."

Vorsitzender: „Wir können Sie nur verurteilen, wenn Sie etwas begangen haben und nicht, weil Sie verurteilt werden wollen."

Der Sachverständige betont, daß es sich um einen schweren Psychopathen handele, der an Renommiersucht leidet und sich damit brüsten wolle, ein Kapitalverbrecher zu sein. Seine Geständnisse seien unglaubwürdig.

Das Gericht beschloß schließlich die Verhandlung zu vertagen, da man die Geständnisse des Angeklagten erst genau nachprüfen und ermitteln müsse, ob die Taten, deren sich der Angeklagte bezichtige, überhaupt begangen wurden.

31 Schiffe verbrannt

Neuyork, 20. Oktober. Nach einer Meldung aus Kanton brach in Wutschau in einem Restaurant, das sich auf einem Schiffe befindet, ein Brand aus, der rasch auf andere Schiffe übergriff. 30 chinesische Schiffe wurden zerstört. Hunderte Chinesen sprangen von den brennenden Schiffen ins Wasser. Ein Teil erreichte schwimmend das Ufer, andere wurden von Helfern aus dem Wasser gezogen. Von den Personen, die sich an Bord des Hotels befunden haben, werden 40 vermißt. Man glaubt, daß sie entweder verbrannt oder ertrunken sind.

Vatermord

Wahrburg bei Stendal, 20. Oktober. (Drahtmeldung.) Der 42jährige arbeitslose Otto Borchert wurde heute früh vor seiner Wohnung mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Seine beiden Söhne im Alter von 17 und 19 Jahren gaben bei der Polizei an, daß ihr Vater Selbstmord verübt habe. Nach eingehendem Verhör gestand jedoch der ältere Bruder, den Vater erschossen zu haben, da er die Mutter und die sieben Kinder im betrunkenem Zustand dauernd bedroht und drangsaliert habe. Besonders in der letzten Nacht sei es zu heftigen Auftritten gekommen. Der alte Borchert war auch als Alkoholiker und gewalttätiger Mensch bekannt, während die beiden Söhne als fleißige Arbeiter gelten.

Absturz eines Militärflugzeuges

Lüttich, 20. Oktober. Ein französisches Militärflugzeug stürzte in den benachbarten Dorf Awans infolge des Bruches beider Tragflächen ab. Die Insassen, zwei Offiziere, fanden den Tod.

Gegen deutsche Tonfilme in der Tschechoslowakei

Prag, 20. Oktober. (Drahtmeldung.) Der Landesverband der Kinobesitzer hat beschlossen, vorläufig keine deutschen Tonfilme zu spielen. Die Mehrzahl der Kinobesitzer hat diesen Beschluß mit geschäftlichen Gründen motiviert, da man sich der jeweils im Publikum herrschenden Stimmung anpassen und aus Rücksicht auf die heimischen Produzenten eine „Masseninvasion" des deutschen Tonfilms zu verhindern. Einige Kinobesitzer stellten sich auf den rein nationalistischen Standpunkt und erklärten, ihre Ehre als Tschechen gestatte es ihnen nicht, deutsche Tonfilme zu spielen.

Ehedrama um Politik

In Sosnowiece (Polen) ereignete sich ein politisches Ehedrama. Als die Frau des stellvertretenden Bürgermeisters sich von ihrem Gatten wegen politischer Meinungsverschiedenheiten scheiden lassen wollte, schoß der Mann auf die energische Politikerin und verletzte sie schwer. Unmittelbar darauf beging der Täter Selbstmord.

Wiederaufrollung des Mordprozesses Richter?

Der bekannte Fall des Bingener Arztes Dr. Richter, der wegen Ermordung seiner Freundin zum Tode verurteilt und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden ist, wird wahrscheinlich noch einmal die Gerichte beschäftigen, da ein neuer Anwalt Dr. Richters das Wiederaufnahmeverfahren beantragen will.

Vom Kirchturm gefallen

Der Pfarrer von Moulins (Frankreich), der in den Glockenturm seiner Kirche gestiegen war, um eine Reparatur an dem elektrischen Läutewerk vorzunehmen, fiel durch ein Turmfenster auf das 25 Meter tiefer gelegene Dach des Kirchenschiffs, an dem sich der Pfarrer festhalten konnte, bis seine Hilferufe nach einer Stunde in der Stadt gehört wurden. Außer einigen Hautabschürfungen trug der Geistliche nicht die geringste Verletzung davon.

Kampf mit Wilderern

Rüdesheim, 20. Oktober. (Drahtmeldung.) Zwei Brüder aus dem Orte Stephenshausen wurden von dem Förster aus Johannisberg und einigen Jägern dabei überrascht, wie sie ein Reh aus der von ihnen gestellten Schlinge nehmen wollten. Auf den Anruf des Försters ergaben sich die beiden und ließen sich abführen, während die Jäger auf einem anderen Wege zur Ortschaft zurückkehrten. An einer engen Stelle des Waldweges umklammerte plötzlich einer der beiden Wilddiebe den Förster und versuchte ihm ein Messer in den Rücken zu stoßen. Der Förster erschoß den Wilderer in der Notwehr. Sein Bruder ließ sich willig abführen.

Die Spur des Täters ist verloren...

DETEKTIVROMAN VON HERMANN DRESSLER

32) (Fortsetzung.)

8. Kapitel.

Wir machten einen Umweg durch den Stadtpark, um den kurzen Heimweg etwas zu verlängern und nach den aufregenden Ereignissen der letzten zwei Nächte und dieses Tages ein wenig frische Luft zu genießen.

Als wir in das Haus des Freundes zurückkehrten, lag ein chiffriertes Telegramm von Bohrmann da. Es war in Hamburg auf der Hafenwache aufgegeben und lautete: „Fremder mit Signalement Steinitzer als Passagier an Bord des „Präsident Charow". Paß ist in Ordnung, lautet auf Friedrich Martini, Privatlehrer aus Baltimore. Kapitän setzt Verhaftung Schwierigkeiten entgegen, da amerikanisches Schiff. Bitte dringend Verhaltungsmaßregeln."

Till schien mir diesmal aller Gewohnheit entgegen, ziemlich aufgeregt über den Inhalt der Nachricht.

Dann gewann er jedoch seine Ruhe wieder. Er überlegte einige Augenblicke und rief Frau Willing zu:

„Packen Sie das nötigste für eine kurze Reise zusammen, Frau Willing!"

Seine Finger fuhren durch die Blätter des Kursbuches.

„12 Uhr 16 Minuten fahre ich nach Hamburg."

Er sah nach der Uhr.

„Dreiviertel vier Uhr", sagte er dann. „Falls du auch diesen Abstecher mit mir teilen willst, Heinrich, so ruhe etwas. Ich muß sofort auf die Staatsanwaltschaft, ehe sie ihre Büros schließt. Ich hoffe, in einer Stunde zurück zu sein."

Damit war er auch schon zur Türe hinaus, und wenige Augenblicke später hörte ich ihn in einem Mietswagen im schnellsten Tempo davonjagen.

Ich beschloß bei mir, die Rückkehr des Freundes in seinem eigenen Hause abzuwarten. War Till wirklich innerhalb einer Stunde zurück, so hatte ich noch genügend Zeit, mich durch Ruhe etwas zu erholen. Er hatte in der Eile ganz vergessen, mir mitzuteilen, welcher Art die Verrichtung war, die er auf der Staatsanwaltschaft zu erledigen gedachte.

Jedenfalls wollte er aber einen Verhaftungsbefehl erwirken, da ohne ihn an Bord eines Dampfers, noch dazu eines ausländischen, eine Verhaftung schlechterdings unmöglich war und als ein Eingriff in die Hoheitsrechte eines Staates allerhand unvorhergesehene Folgen haben konnte, besonders in der gegenwärtigen Zeit außenpolitischer Spannungen.

Ich hatte mit meinen Vermutungen recht gehabt. Gegen halb fünf Uhr kehrte Till zurück.

„Es war ein kleiner Kampf, den ich führen mußte, um den Staatsanwalt zu meiner Ueberzeugung zu bekehren", berichtete er. „Ueberdies glaube ich nicht, daß mir dies gelungen ist, denn er ließ sich nur sehr widerwillig herbei, mir die zwei Papiere auszufertigen."

„Zwei Verhaftungsbefehle?" fragte ich verwundert.

„Freilich, einen auf den Namen des Schauspielers Paul Steinitzer lautend und einen für die Festnahme des Amerikaners Friedrich Martini, hinter dessen Persönlichkeit er sich verbirgt."

Die Vorbereitungen zur Abreise waren bald getroffen. Till begleitete mich nach Hause und gab unterwegs ein Telegramm an Bohrmann auf, in welchem er unsere Ankunft für morgens vier Uhr 48 Minuten mitteilte.

„Um 6 Uhr läuft der „Präsident Charow" aus", sagte er. „Wir müssen dann schnell handeln. — Ich hole dich gegen halb zwölf Uhr ab."

Wir verabschiedeten uns, um einige Stunden Ruhe zu genießen. Um die verabredete Zeit hielt der Wagen des Freundes vor meinem Hause. Wir fuhren nach dem Bahnhofe und erreichten pünktlich den Nachtschnellzug nach Hamburg.

Dort erwartete uns Bohrmann bereits an der Sperre, und während wir zum Hafen fuhren, berichtete er uns ausführlich das, was sein Telegramm im Kurzstiele bereits mitgeteilt hatte.

„Sie kennen Paul Steinitzer nicht von eigenem Ansehen?" fragte Till.

„Nein", entgegnete der brave Beamte, „und dadurch war ja natürlich eine Verwechslung sehr leicht denkbar."

„Wodurch wurden Sie auf ihn aufmerksam?" fragte Till.

„Mir fiel zunächst sein scheues, besser gesagt sein vorsichtig-ängstliches Gebahren auf. Ich ließ ihn natürlich nicht aus den Augen, und bemerkte, daß er bestrebt war, sich gänzlich zurückzuziehen. Außerdem erscheint mir der Umstand verdächtig, daß er bereits gestern seine Kabine bezog, um sie nicht wieder zu verlassen. Er hat die Nacht an Bord verbracht."

„Sie hätten den „Präsident Charow" nicht verlassen sollen, Bohrmann", sagte Till. „Bedenken Sie, wieviele Fluchtmöglichkeiten sich einem derart gerissenen Verbrecher bieten."

„Seien Sie ohne Sorge, Herr Mark! Ich habe während meiner Abwesenheit, die ja auch nur dreiviertel Stunde beträgt, zwei Hamburger Kollegen in der Nähe der Kabine postiert, das war das Aeußerste, was ich beim Kapitän erreichen konnte."

Wir kamen im letzten Augenblicke an. Frachtgut und Passagiergepäck waren bereits verladen, und aus den drei mächtigen Schornsteinen stiegen aus frisch geheizten Kesselfeuern dicke schwärzliche Rauchwolken als Wahrzeichen baldiger Abreise. Schauerleute und Trimmer standen am Kai, kauten ihren Priem und spien in langen Strahlen ins Wasser.

Bohrmann führte uns sofort zu der Kabine des Fremden. Die Tür war verschlossen.

„Paßrevision!" rief Till in amerikanischem Akzent mit Stentorstimme.

Daraufhin wurde der Riegel zurückgeschoben. Wir traten ein. Der Passagier, der hier auf seinem Bett ausgestreckt lag, war auf den ersten Blick als Paul Steinitzer zu erkennen. Er trug jetzt zwar eine Brille und hatte durch völliges Abscheren seines Hauptes versucht, sich unkenntlich zu machen, aber sein Gesicht stach so stark vom Durchschnittstypus ab, daß selbst ich ihn sofort wiedererkannte.

Der Mensch hatte sich hervorragend in der Beherrschung. Diese Fähigkeit mochte er sich in der jahrelangen Ausübung seines Berufes erworben haben. Trotzdem entging mir ein leichtes Beben nicht, das beim Anblick Till Marks seine gestreckten Glieder durchfuhr. Auch beobachtete ich mit den Kennerblicken des Arztes, daß seine Nasenspitze einen bleichen, glänzenden Schimmer bekam, das sicherste Zeichen eines Schreckens, wenn dessen Aeußerungen durch einen starken Willen und Geistesgegenwart auch noch so beherrscht blieben.

(Fortsetzung folgt.)

Amnestiegesetz und Reichsrat

Vor der Stellungnahme des preußischen Kabinetts

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Das preußische Kabinett dürfte sich, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, heute über seine Stellungnahme zu dem Amnestiegesetz schlüssig machen, das vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist und gegen die formal der Einspruch des Reichsrats zulässig ist. Wird Einspruch erhoben, so könnte der Reichstag das Gesetz mit einem neuen Zweidrittelbeschluß trotzdem in Kraft setzen.

Das Amnestiegesetz gewährt Straffreiheit für alle vor dem 1. September 1924 aus politischen Gründen begangenen Straftaten, insbesondere den Fememördern und einer Anzahl von Kommunisten. Von der Amnestie ausgenommen sind Straftaten, die gegen ein Mitglied oder ein früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet sind. So fallen beispielsweise die Mörder Erzbergers nicht unter die Amnestie.

Gröner antwortet Oldenburg-Januschau

Berlin, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichswehrminister wird auf die Rede des deutschnationalen Abgeordneten von Oldenburg-Januschau in der Sonnabendsitzung des Reichstages brieflich antworten. In der Antwort, die nach der inzwischen erfolgten Einsichtnahme des Reichswehrministers in das amtliche Protokoll der Rede Oldenburg-Januschaus am Dienstag oder Mittwoch veröffentlicht werden wird, sollen die Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten auf die Führung der Reichswehr entschieden zurückgewiesen und charakterisiert werden.

Landvolk gegen Brüning

Berlin, 20. Okt. (Drahtmeldung.) Die Reichstagsfraktion Deutsches Landvolk (Christl.-Nat. Bauern- und Landvolkpartei) hat sich in ihrer heutigen Fraktionssitzung mit den letzten Beschlüssen des Reichstages beschäftigt. Wie von der Geschäftsstelle der Partei mitgeteilt wird, herrschte in der Fraktion vollste Einmütigkeit in der Beurteilung der hierdurch geschaffenen Lage, die das Kabinett Brüning in Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nunmehr in aller Oeffentlichkeit erwiesen habe. Die Fraktion sehe infolge dieser verstärkten Verbindung des Kabinetts Brüning mit der Sozialdemokratischen Partei die Unmöglichkeit der Lösung der außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Sinne der Landvolkauffassung. Die Landvolkpartei bringt daher unter Aufrechterhaltung ihres Vertrauens zu Minister Schiele ihre Forderung nach einer grundsätzlichen Umbildung des Kabinetts unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses zum Ausdruck.

Die Volksnationalen legen ihre Mandate nicht nieder

Berlin, 20. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die sechs volksnationalen Reichstagsabgeordneten Abel, Adolph, Balrusch, Bornemann, Hesse und Prütz haben, dem „Jungdeutschen" zufolge, zu der Aufforderung, ihr Mandat niederzulegen, eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Die Staatspartei richtet an uns das Ersuchen, unser Mandat niederzulegen. Zur Begründung führt sie an, daß wir als Vertreter der Deutschen Staatspartei gewählt worden seien.

Wir stellen demgegenüber fest, daß der Wahlvorschlag folgende Bezeichnung trug: Deutsche Staatspartei (Deutsch-Demokratische Partei, Volksnationale Reichsvereinigung und verwandte Gruppen). Wir stellen weiter fest, daß weite Teile der Demokratischen Partei diesem Wahlvorschlag ihre Stimme nicht gegeben haben. Wenn wir das Ansinnen der Deutschen Staatspartei ablehnen, so handeln wir verfassungsmäßig und entsprechend der Meinung des überwiegenden Teiles der Wählerschaft.

Berliner Notstandsprogramm

Berlin, 21. Okt. (Drahtmeldung.) Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen lassen, in der um Zustimmung zu der Ausführung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiete des Straßenbaues in Höhe von 13,55 Millionen Reichsmark gebeten wird.

Im Hinblick auf die außerordentlich große und immer noch steigende Arbeitslosigkeit hält es der Magistrat für notwendig, daß auch von der Stadt geeignete Maßnahmen getroffen werden, die Arbeitslosigkeit zu lindern. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Berlin im Monat September rund 346 000. Besonders schwierig liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des Straßenbaues.

Da im letzten Jahr nur ein geringer Betrag für Straßenneu- und -umbauten zur Verfügung gestellt werden konnte, besteht eine besonders katastrophale Arbeitslosigkeit für Facharbeiter im Straßenbau. Ca. 12 000 Steinsetzer, Rammer und Asphalteure haben seit November 1919 nicht einen Tag gearbeitet, sind deshalb ausgesteuert und fallen der öffentlichen Wohlfahrtspflege der Stadt zur Last. Dieses Schicksal teilen noch 4000 andere Arbeiter, die neben den Facharbeitern als Hilfsarbeiter im Straßenbau Verwendung fanden.

Die Versuche des Reiches, den Straßenbau in Gang zu bringen, versprechen für dieses Jahr kaum Erfolg. Schnelle Hilfe ist aber notwendig. Der Magistrat hat deshalb von der Tiefbaudeputation ein Notstandsprogramm für den Straßenbau aufstellen lassen.

Die Kämpfe in Brasilien

Neue Erfolge der Aufständischen

Buenos Aires, 21. Oktober. (Drahtmeldung.) Aus Porto Alegre wird gemeldet, daß die aufständischen Streitkräfte auf der ganzen Front vorrücken. Sie sollen an mehreren Stellen die Flüsse Parana, Panema und Itarare überschritten haben und in den Staat Sao Paulo eingedrungen sein. Die Regierungstruppen wichen vor ihnen zurück und vermieden jede Schlacht. Es bestätigt sich, daß der nördlich von der Bundeshauptstadt gelegene Staat Espirito Santo völlig in den Händen der Aufständischen sei.

Bürgermeisterverfassung für ganz Preußen

Berlin, 20. Oktober. Man hat das neue „Verwaltungsgesetz für die Hauptstadt Berlin", das der Preußische Landtag in seiner Montagsitzung nach durchgeführter erster Lesung in den Gemeindeausschuß überwies, die „Lex Sklarek" genannt, weil die Vorlage im Anschluß an jene unerquicklichen Vorgänge in der Berliner Stadtverwaltung auftauchte, die sich um den Namen Sklarek gruppieren. Innenminister Dr. Waentig, der das Gesetz einbrachte, widersprach dieser Auffassung mit der Bemerkung, daß schon lange zuvor die Reform der Verwaltung Berlins als notwendig erkannt wurde. Der Minister schilderte dann den sachlichen Inhalt des Gesetzentwurfes, der vor allem auch deshalb über Berlin hinaus Interesse verdient, weil der Minister ausdrücklich erklärte, die hier normierte Bürgermeisterverfassung solle in dem bereits im Referentenentwurf vorliegenden, demnächst an den Landtag kommenden Allgemeinen preußischen Selbstverwaltungsgesetz voraussichtlich obligatorisch für das ganze Landesgebiet werden.

Die Vorlage will der 4-Millionen-Stadt Berlin die Verwaltungsreform einer Provinz geben. Das bisherige Zweikammersystem — Stadtverordnetenversammlung und Magistrat — wird durch das Bürgermeister- bzw. Einkammersystem ersetzt. An Stelle der jetzigen 225 Mitglieder zählenden Stadtverordnetenversammlung tritt eine um fast die Hälfte verminderte Stadtvertretung, deren Vorsitz der Oberbürgermeister führt.

Die Debatte brachte ein Echo der Feststellung des Ministers, daß alle Parteien im Berliner Stadtparlament das Gesetz in seiner jetzigen Form abgelehnt haben. Selbst die Regierungsparteien, von denen Sozialdemokraten das Wort nahmen, äußerten Bedenken und wünschten Zurückstellung der Berlin-Vorlage bis zur Allgemeinen Selbstverwaltungsnovelle. Die Wirtschaftspartei will parteipolitische Vertreter in der Stadtverwaltung grundsätzlich nicht mehr dulden. Die Deutschnationalen verlangen die Wiederaufteilung Großberlins. Angenommen wurde ein volksparteilicher Antrag, vor allem ein Gutachten Berlins einzuholen.

Dienstag: Diätenkürzungsanträge und Abstimmungen über die Landtagsauflösung.

Der erste Ueberlandflug der „Ente"

Die Focke-Wulf-Flugzeugwerke A. G. in Bremen, die sich bereits seit langer Zeit mit der Konstruktion eines neuartigen Flugzeug-Typs beschäftigt, hat neuerdings wieder ein sogenanntes Entenflugzeug herausgebracht, das jetzt seinen ersten Überlandflug nach Berlin durchgeführt hat. Die „Ente" ist ausgerüstet mit zwei 100-PS-Motoren und wird von dem Flieger Cornelius Edzard gesteuert. Ihre Eigentümlichkeit besteht darin, daß sie die Steuerung nicht wie die übrigen Flugzeuge am Schwanz-, sondern am Kopfende trägt.



Amerikanisches Moratorium

für die alliierten Schulden?

London, 20. Okt. (Drahtmeldung.) Wie „Times" unter allem Vorbehalt und unter Hinweis darauf, daß eine Bestätigung nicht zu erreichen sei, aus Washington meldet, soll nach dort umlaufenden Gerüchten von gewissen Kreisen, zu denen in erster Linie der Sekretär des Schatzamtes, Mellon, der Untersekretär Ogden Mills und der Leiter der Federal Reservebank, George Harrison, gehören, der Plan eines Moratoriums für die Schuldenzahlungen der früheren Alliierten an die Vereinigten Staaten erörtert werden. Diesem Plan, so berichtet der Korrespondent, würde natürlich nur eine bedingte Bedeutung zukommen und mehr der Frage gelten, ob ein solcher Entwurf überhaupt später einmal den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden könne, als daß die in ihm vorgesehenen Bedingungen im Augenblick schon Anwendung finden könnten. Aber die kaum mehr als theoretische Bereitschaft der amerikanischen Regierung, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, müßte allein schon alle diejenigen ermutigen, die von der Notwendigkeit einer entschlossenen Aktion seitens der Vereinigten Staaten in einer nicht allzufernen Zukunft überzeugt sind.

Weiter meldet die „Times", daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht am Sonnabend eine halbstündige Unterredung mit dem Staatssekretär Stimson gehabt habe und heute mit dem Präsidenten Hoover und dem Schatzsekretär Mellon sprechen werde. Ueber den Inhalt der Unterredung mit Stimson sei nichts näheres bekannt, aber Dr. Schacht habe beim Verlassen des Büros des Schatzsekretärs Pressevertretern gegenüber sich dahin geäußert, daß nach seiner Ueberzeugung Deutschland früher oder später gezwungen sein werde, ein Moratorium für seine Reparationszahlungen zu beantragen.

Auf die Rückwirkungen eines solchen Schrittes in internationaler Beziehung sei Dr. Schacht nicht näher eingegangen, er habe jedoch auf die wirtschaftliche Ungerechtigkeit, die Deutschland durch den Versailler Vertrag widerfahren sei, und die Notwendigkeit einer Revision desselben hingewiesen. Der Times-Korrespondent bemerkt dazu, es wäre überraschend, wenn Dr. Schacht in seiner heutigen Unterredung mit dem Präsidenten und anderen Führern der amerikanischen Regierung nicht auf dasselbe Thema noch näher einginge.

Der Besuch Schachts sei aber nicht notwendig gewesen, um die finanziellen Machthaber der Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, daß die Ereignisse einer Krisis zutreiben und zwar einer Krise, die größere Hilfsmaßnahmen erforderlich machen, als nur das Notmittel eines Moratoriums. Der Goldabfluß aus Europa nach den Vereinigten Staaten und Frankreich und damit die verbundene Immobilisierung der Goldvorräte bereite Neuyork und Washington große Sorge. Die führenden Bankiers machten aus ihren Befürchtungen keinen Hehl, daß dieser Stand der Dinge eine allzugroße Belastung für das internationale System der Goldwährung bedeute.

Die Entwicklung der amerikanischen Politik, so schließt der Neuyorker Korrespondent seine Betrachtung, werde jedoch nicht von den Finanzleuten allein, sondern hauptsächlich durch die Politiker bestimmt.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick zu einer Sitzung zusammen. Reichsaußenminister Dr. Curtius erstattete einleitend einen ausführlichen Bericht über die Genfer Völkerbundsverhandlungen. Hieran schloß sich eine längere Aussprache, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Mittwoch, den 29. Oktober, wird sich der Auswärtige Ausschuß mit den Anträgen über die Schutz- und Revisionsmöglichkeiten des Youngplanes befassen.

Die Mukden-Regierung gegen Fengjuhsiang und Yenhsischan. Die Agentur Indo Pacifique berichtet aus Peking, die Mukden-Regierung fordere Fenjuhsiang und Yenhsischan zum Verlassen des Landes auf, sonst würden die Truppen zur Säuberung der Provinzen Tschansi und Tschensi eingesetzt werden.

Explosion in einer Munitionsfabrik

Ein Toter, sechs Verletzte

Preßburg, 20. Oktober. (Drahtmeldung.) In der tschechoslovakischen Munitions- und Metallfabrik A.-G. ereignete sich heute nachmittag eine schwere Explosion. In einem Arbeitsraum, in dem Leuchtpatronen erzeugt werden, sprang von einer Kapselpresse die Kapsel ab und flog in den Sprengstoff, der explodierte. Die Kleider der in dem Raum beschäftigten sieben Arbeiterinnen fingen Feuer und, obwohl es ihnen gelang, sofort ins Freie zu entkommen, wo ihnen die brennenden Kleider vom Leibe gerissen wurden, erlitten sie doch so schwere Verletzungen, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden. Eine der Frauen ist bereits ihren schweren Brandwunden erlegen. Der durch die Explosion verursachte Brand konnte nach kurzer Zeit lokalisiert werden.

Explosionskatastrophe

Eine ganze Stadt erschüttert - Tausende Fensterscheiben in Trümmer

Troy (Neuyork), 20. Oktober. (Drahtmeldung.) Auf einem im Hudson-Fluß am Pier liegenden Gasolintankkahn ereignete sich heute eine Explosion, durch die zwei Mann der Besatzung getötet und zwei schwer verletzt wurden. Zwei neben dem Tankschiff liegende Schlepper wurden zerstört. Die Gewalt der Explosion war derart, daß die ganze Stadt erschüttert wurde und tausende von Fensterscheiben in Trümmer gingen. In der Nachbarschaft der Explosionsstelle brach eine Panik aus und Dutzende geängstigter Mütter eilten nach der nahe gelegenen Schule, da sie fürchteten, daß das Schulgebäude zerstört worden sei.

GELSENKIRCHEN-BUER

Ortsgruppe Feldmark.

Am Samstag, dem 25. dieses Monats, abends 7.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus ein gemütlicher Abend statt, wozu alle Genossinnen und Genossen herzlichst eingeladen sind.

SAJ — JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Sozialistische Arbeiterjugend, Gelsenkirchen.

Aelterengruppe.

Am Dienstagabend 8 Uhr, im Jugendheim: Wichtige Zusammenkunft. Genosse Renner spricht über das Thema: „Arbeiterjugend und politische Lage." Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß alle Mitglieder der Aelterengruppe pünktlich zur Stelle sind.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen-Buer

Für alle Gruppen.

Alle Gruppen müssen ihre Abrechnungen sofort bei der Genossin Streit machen. Falken! Achtet darauf, daß alle ihre Beiträge bezahlen!

Gruppe Hüllen.

Jungfalken. Wir haben am Donnerstagnachmittag um 3 Uhr in der Bosseschule unsere Zusammenkunft.

Rote Falken. Unsere Zusammenkunft ist am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr in der Bosseschule.

Gruppe Schalke.

Jungfalken. Unsere Zusammenkunft ist am Mittwochnachmittag um 3 Uhr in der Lessingschule.

Rote Falken. Unsere Zusammenkunft ist am Mittwochnachmittag um 5 Uhr in der Lessingschule. Laubsägen mitbringen! Wir machen am 2. November eine Fahrt. Gesamtunkosten höchstens eine Reichsmark. — Sofort anmelden und Geld einzahlen!

Gruppe Mitte.

Jungfalken. Dienstag nachmittag um 4 Uhr kommen wir im August-Bebel-Haus zusammen.

Rote Falken. Unsere Zusammenkunft ist am Freitagnachmittag um 6 Uhr im August-Bebel-Haus.

Gruppe Neckendorf.

Jungfalken. Unsere Zusammenkunft ist heute (Dienstag), nachmittags um 3 Uhr in der Almaschule.

Rote Falken. Unsere Zusammenkunft ist heute (Dienstag), nachmittags 5 Uhr, in der Almaschule.

Gruppe Rotthausen.

Jung- und Rote Falken. Wir haben am Donnerstagnachmittag um 4 Uhr eine gemeinsame Zusammenkunft im Volkshaus.

Gruppe Bismarck Ost und West.

Die Notiz unserer Zusammenkunft erscheint morgen an dieser Stelle.

Für die Bueraner und Horster Gruppen.

Die Gruppen werden gebeten, bis zum Ende der Woche die Nachrichten der Gruppe für die kommende Woche zum Parteibüro zu schicken.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Spielmannszug und Martinsabteilung.

Mittwoch, wie immer: Probe. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

ARBEITER-SPORT

Arbeitersportkartell Gelsenkirchen.

Die Proben für den Bewegungschor werden von heute (Dienstag), den 21. dieses Monats, ab, um 20 Uhr, in der Turnhalle der Hohenzollernstraße abgehalten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist dringend erwünscht.

Wochenendkursus

am Samstag, dem 1., und Sonntag, dem 2. November (Beginn: Samstag nachmittag, genaue Zeit wird noch angegeben), in Gladbeck, im Jugendheim, Erlenstraße, für alle Helferinnen und Helfer in der Kinderfreundebewegung.

Programm:

1. Vortrag: „Wie bediene ich einen Lichtbilderapparat mit Lichtbandstreifen?" (Dazu einige Vorführungen.) Referent: Genosse Beuster (Dortmund).
2. Schattenspiele des Schauspielers Lutz von der Kleinkunstbühne, Recklinghausen.
3. Vortrag: „Die Wandzeitung in ihrer Verwendung in den Gruppenabenden". Vortragender: Walter Kossin, Bottrop.
4. Neue Lieder. (Walter Kossin, Bottrop.)

Die Anmeldung der Teilnehmer muß bis zum 27. Oktober im Parteisekretariat erfolgt sein. Quartiere werden besorgt. Fahrräder können untergestellt werden.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde,
Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen,
F. A.: Walter Kossin, 1. Vorsitzender.

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkschor Buer.

Die Frauenprobe heute (Dienstag) fällt aus. Sie wird morgen (Mittwoch) abend zu der üblichen Zeit abgehalten.

Volkschor Gelsenkirchen.

Heute (Dienstag), um 20 Uhr: Gemeinsame Probe des Männer- und Frauenchors. Im Hinblick auf die Nähe des Herbstkonzerts werden die Sangesschwestern und -brüder gebeten, sehr pünktlich und zahlreich zur Stelle zu sein.

Gewerkschaftliches

Metallarbeiterjugend, Gelsenkirchen.

Mittwoch, den 22. dieses Monats, abends 8 Uhr, wird von unserem Jugendführer ein besonders lehrreicher Vortrag über das Thema: „Stammt der Mensch vom Affen ab?" gehalten. Es mögen sich doch viele Mitglieder an diesem Vortrag beteiligen.

Die Jugendleitung.

Bücher und Zeitschriften

Die Oktober-Nummer der „Gesundheit" erörtert in erster Linie gesundheitliche Fragen, die für die Herbstzeit von besonderer Wichtigkeit sind. So schreibt z. B. Dr. Harpuder über „Erkältungen und Erkältungskrankheiten", Prof. Grotjahn über „Hausmittel" und Prof. Schütz über das Thema: „Enthalten Konserven Vitamine?" Die Ausführungen über „Ischias" von Prof. Schuster, über „Fiebermessen" von Geheimrat Bendix und über „Gesundheitsgefahren beim Lichtpausen" von Dr. Holstein, werden gleichfalls viele interessierte Leser finden. In erster Linie für Schwimmer bestimmt ist der Aufsatz „Schwimmbad und Auge" von Dr. Sußmann und für Vollschlanke der Artikel von W. Mulack über „Entfettungskuren". Die praktischen Ratschläge in den Arbeiten von H. Schuhmacher über „Beschäftigung kranker Kinder im Arbeiterhaushalt", Dr. Thomalla über „Schienenverbände als erste Hilfe" und Prof. Seligmann über „Muß das sein?" (Größere Sauberkeit im täglichen Leben) werden gleichfalls viel Beachtung finden. Die ausgezeichneten Illustrationen machen diese Nummer wieder besonders wirksam. Sie wird von den meisten Krankenkassen unentgeltlich an ihre Mitglieder abgegeben und kann bestens empfohlen werden.

10 Jahre Freigewerkschaftliches Seminar, Köln a. Rhein.

94 Seiten, Berlin 1930, Preis kartoniert 2.20 RM, Organisationspreis 1,50 RM. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit" heißt eine Schriftenreihe des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die soeben mit dem Heft 1 erscheint. Dieses Heft ist eine Jubiläumsschrift anläßlich des 10jährigen Bestehens des Freigewerkschaftlichen Seminars in Köln am Rhein. In ihr werden Aufbau, Arbeit und weitere Ziele der von den örtlichen freien Gewerkschaften Kölns ins Leben gerufene Bildungsstätte ausführlich behandelt. Es wird ausführlich geschildert, welche Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterbildung geleistet wurde und noch zu leisten ist.

Alle näher und ferner Beteiligten an der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, sowie auch allgemein sozialpädagogisch interessierte Kreise werden aus den 10jährigen Erfahrungen des Kölner Arbeiterseminars lernen können.

Mündelsicherheit der Hypothekenpfandbriefe?

In den weitesten Kreisen weckt das Wort „mündelsicher' mit Recht bitterste Enttäuschung. Auf der anderen Seite ist Tatsache, daß dies Wort „kursmäßig" hoch gestiegen ist, daß vor allem die privaten Hypothekenbanken die Mündelgelder in ihren Arbeitskreis miteinbeziehen wollen. Es wird diese Frage der Zu- oder Aberkennung der Reichsmündelsicherheit der privaten Hypothekenpfandbriefe bald im Mittelpunkt der parlamentarischen Kämpfe stehen. Da ist es sehr verdienstvoll, daß das neue Heft 3 des „Jahrbuchs der Bodenreform" alle Fragen des Für und Wider eingehend erörtert in einem bedeutungsvollen Artikel von Prof. von Nell-Breuning, S. J. „Für und gegen die Mündelsicherheit der Hypothekenpfandbriefe". Von Nell kommt zu dem Ergebnis, die Reichsmündelsicherheit ablehnen zu müssen aus nationalen Erwägungen und als im Interesse der Mündel selber gelegen. Vor allem verlangt die Interessensolidarität der Kleinsparer und Mittelstandskreise, aus denen doch vorwiegend die Mündelgelder kommen, diese Gelder so zu leiten, daß sie nicht durch die Anlagepolitik der privaten Hypothekenbanken, die eine großkapitalistische Tendenz zeigt, in den internationalen Kapitalstrom mit verflochten werden. — Dasselbe Jahrbuch enthält weitere wichtige Beiträge für jeden interessierten Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitiker. Es bringt einen Artikel von Univ.-Prof. Rietschel „Die Wohnheimstätte in gesundheitlicher Bedeutung" und den „Entwurf eines Gesetzes über eine staatliche Grundwert- und Zuwachssteuer" in Danzig mit der Begründung von Reg.- und Baurat Richard — Fragen, die bei der bevorstehenden Finanz- und Steuerreform weiteste Beachtung verdienen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

IN JEDE ARBEITERBIBLIOTHEK GEHÖRT

A. Sigrist

Soeben erschienen

DAS BUCH VOM BAUEN

Großformat + Reich illustriert + 212 Seiten

Ein Versuch, wohl der erste seiner Art, die gegenwärtigen Umwälzungen im Bauwesen zu verstehen. Auf Grund sozialistischer Betrachtungsweise. Gezeigt wird das Doppelgesicht der neuen Baukunst, die gleicherweise im Dienste der schwerkapitalistischen Groß-Bourgeoisie wie des Proletariats und seiner Organisationen steht — also derjenigen beiden Gesellschaftsklassen, zwischen denen der geschichtliche Endkampf auszufechten sein wird.

Preis 4.80 Mk.
Für Mitglieder Sonderpreis

Verlag DER BUCHERKREIS G.m.b.H.

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen
Ringstraße 33

Fernsprecher 258 41

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rund 2,1 Millionen Versicherte mit 870 Millionen RMark Versicherungssumme, 115 Millionen RMark Vermögen, davon Eigentum der Versicherten:
über 80 Millionen RMark Prämienreserve,
über 20 Millionen RMark Gewinnanteile,
zusammen über 100 Millionen RMark
Versicherungsleistungen: 11 Millionen RMark
seit November 1923 (Ende der Inflation)

Nähere Auskunft erteilt die Rechnungsstelle:
Essen, Schillerstr. 1-5IV, „Hansa-Haus" (Am Hauptbahnhof)
oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57-61

Modelinien im...
Pelzbesatz-Felle
ausgewählte Ware, preisniedrig
nur vom Fachmann
Pelz-Mantelkragen
vollendet in Form, preisniedrig
nur vom Fachmann
Pelzmäntel
höchster Vollendung, preisniedrig
nur vom Fachmann
Pelz-Maßanfertigungen
bei größter Garantieleistung fachkünstlerisch, preisniedrig
nur vom Fachmann
Umarbeitungen
Ihres edlen Pelzwerkes
nur vom Fachmann
Gomperts
Seit über 40 Jahren bewährt
Das große Fachgeschäft mit den kleinen Preisen
Gelsenkirchen

Gelsenkirchen.

Ausschreibung.

Der Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Allee und Industriestraße im Stadtteil Horst soll vergeben werden.

Angebotshefte können im Straßenbauamte, Hans-Sachs-Haus, Zimmer 515 und im Rathaus Buer, Zimmer 78 während der Dienststunden eingesehen, erstere auch gegen Zahlung von 2.00 RM. daselbst bezogen werden.

Die Bauzeichnungen liegen im Rathaus Buer, Zimmer 62 aus.

Einreichungs- und Eröffnungstermin: Dienstag, den 28. Oktober 1930 im Rathaus Buer, Zimmer 62, um 10 Uhr.

Gelsenkirchen, den 20. Oktober 1930

Der Oberbürgermeister.

Inserieren bringt Gewinn

BUCHDRUCKEREI VOLKSWILLE

Nach eigenen, modernen Entwürfen liefern wir gute, saubere Drucksachen

Ringstraße 33 ■ Sammel-Nr. 25841

Wiederverkäufer und Hausierer

finden bei billigen Preisen reichhaltiges Lager in

Kurz-, Woll- und Manufakturwaren

Gelsenkirchen Vohwinkelstr. 18